

Hörtings Rüdelt.

Die Gegner Otto Hörtings hatten zwei Ziele: Sie wollten den Reichsbannerführer beiseite jagen und den Oberpräsidenten. Jetzt ist der Reichsbannerführer geliebt, der Oberpräsident scheitert aus seinem Amte. Diese Lösung eines Konflikts, in den sich Otto Hörting durch seine draufgängerische Politik gebracht hat, dürfte seinen Widersachern nicht genügen. Wenn der Reichsbannermann Hörting sich jetzt mit dem ganzen Temperament, das ihm zur Verfügung steht, der großen Organisation widmet, die er geschaffen hat und die ihm aus Herz gewachsen ist, dann wird der Kampf gegen ihn weitergehen. Und Kampf gegen Hörting bedeutet auch Kampf gegen den Reichsbanner. Beide will man angreifen lassen. Das wird Herr Hörting sich sagen müssen, wenn er sich jetzt mit seiner ganzen Person für die Schuttruppe der Republik einsetzt.

Wer seine Arbeit mit Handschellen anfaßt, bekommt keine schmutzigen Hände. Hörting ist nicht der Mann, der Handschellen trägt. Er hat sie nicht tragen können, als er noch Großschmitt war, er hat sie nicht angezogen bei seinem politischen Wert. Das verstehen ihm diejenigen, die auf gute, äußere Formen halten, aber Hörting war stets der Meinung, daß die Sache der Form voran zu gehen habe. Er war nie ein Mann, der Zugeständnisse machte, wenn er sich einen bestimmten politischen Willen gebildet hatte. Man soll heute nicht sagen, daß das seine Schwäche sei. Einen solchen unbedingten politischen Willen brauchte der neue Staat, als Hörting in der Zeit der nationalsozialistisch-monarchistischen Hochstufdarang, den Damm des Reichsbanners aufzurichten. Es ist das Kennzeichen dieses Mannes, daß er stets zählsüchtig, wenn es ihm notwendig erscheint. Oft genug hat er dabei klaren Will gezeigt. Die deutschnationalen Heugemeinde, die ihm jetzt auf den Fersen ist, sollte nicht vergessen, daß es der Reichskommissar Hörting war, der nach dem Kriege Oberpräsident gegen polnische Einflüsse gekämpft hat. Viele seiner Feinde, die schon lange über ihn den Stab gebrochen haben, seien damals hinter dem warmen Damm. Und dann hat Hörting in der Magdeburger Kriminalfall Haas-Schreiber eingegriffen, als es den Anfeindern hätte, daß ein Selbstmord daraus werde. Auch hier hatte die Tatfragen dem einfachen Mann mit dem großen Verstande Recht gegeben. Immer sind dort wo Hörting gehandelt hat, Späne geflogen. Solch einen aktiven Republikaner schätze man auf der Rechten nicht.

Aber Hörting hat nicht nur gehandelt, sondern hat auch geredet, und seine Reden waren nicht immer so sicher gesteuert wie seine Taten. Vor einem Jahr bereits erklärte Hörting, daß er unter Umständen auf sein Oberpräsidentenamt verzichten werde, zugunsten seiner Führerschaft im Reichsbanner. Seitdem hat fast jede seiner Reden Anstoß erregt und man glaubte er, daß seine Stellungnahme gegen die Reichsregierung und gegen die überörtliche Polizei anlässlich des Wiesener Aufstandes, zu viel Schwermütigkeiten bringen werde. Deshalb lag er selbst die Konsequenzen, die er vor einem Jahr schon angedeutet hat. Hörting mußte, daß er als Oberpräsident nicht erziehen sei, aber das Reichsbanner braucht einen Führer. Möge Herr Hörting, unbelastet durch Staatsgeschäfte, dem Reichsbanner seine Tatbereitschaft erhalten, selbst wenn Herr Marx, der seinen Präsidiensozialistkämpfer nur mit Hilfe des Reichsbanners durchzuführen konnte, ihm den Rücken kehrt.

Reichsbanner und Parteien.

Bei den Rechtsparteien herrscht helle Freude. Der Austritt Hörtings vom Volke des Oberpräsidenten, der Austritt des Reichsbannerführers aus dem Reichsbanner — das sind Vorgänge, die mindestens die Hoffnungen wieder beleben, daß die überparteiliche Organisation, die das Reichsbanner darstellt, jetzt gelohnt werden könne. Die Klammernpolitik der Rechtsparteien, die man immer dann beobachten konnte, wenn es sich darum handelte, Gegenstände zwischen Zentrum und den anderen republikanischen Parteien zu erweitern, ist auch jetzt wieder in vollen Gange. Wie bei den Konflikten zwischen Preußen und dem Reich glaubt man auf der Rechten auch jetzt Erfolg mit dem System erreichen zu können, jede Meinungsverschiedenheit zu übertreiben und dadurch dem Zentrum

allmählich die Ueberzeugung zu suggerieren, daß es mit Links überhaupt nicht mehr geht.

Aber soweit dieses System auf das Reichsbanner angewandt wird, dürfte es Mißerfolg haben, wenn alle an dem Reichsbanner selbst beteiligten Faktoren genügende Ruhe und Mäßigung bewahren. Der Schritt des Reichsbannerführers ist ja eine rein persönliche Aktion. Daß man im Zentrum nicht daran denkt, die Bindungen mit den anderen Weimarer Parteien aufzugeben, hat die erst vor kurzem erfolgte Gründung eines Vereins der republikanischen Presse gezeigt, jetzt darüber hinaus die Haltung des preußischen Zentrums. Man darf überdies bei den Rechtsparteien nicht vergessen, daß der Wahlkampf sowohl um den Reichstag als um den preußischen Landtag wie auch um die Verteilungen zahlreicher preußischer Städte und Gemeinden das ganze nächste Jahr beherrschend wird, und daß dabei dem Reichsbanner eine hervorragende Rolle zufallen dürfte. Für diesen Wahlkampf aber die Aktivierung im Reichsbanner aufzugeben, wird auch Reichsbanner Marx nicht beabsichtigen, selbst wenn er für seine Person aus manchen Zusammenhängen der letzten Zeit persönliche Konsequenzen gezogen hat, die sich bei etwas engerer Fühlungsnahme wohl hätten vermeiden lassen. Denn es muß festgehalten werden, daß die Politik des Reichsbannerführers umso mehr im Sinne der Gesamtheit der republikanischen Parteien beschlüsselt werden kann, je stärker sich die Führer des Zentrums und der Demokraten für die Organisation interessieren und umso weniger, wenn sie Abstinenzpolitik treiben.

Allerdings muß auch dem Reichsbanner Vorzicht und Zurückhaltung empfohlen werden, damit die höchsten politischen Politiker, die ihm angehören, nicht zur Abstinenzpolitik gedrängt werden. Der Bundesvorsitzende Hörting hat auf der Magdeburger Tagung die Aufrechterhaltung des überparteilichen Charakters zugelegt. Er wird sich für die Zukunft an diese Zusage erinnern müssen und mit ihm die Sozialdemokratische Partei. Aus den Vorgängen bei der Bildung des jetzigen Reichstagsbündnisses, aus den Verhandlungen über die große Koalition, die an der Haltung der Sozialdemokratie scheiterten, mußte man im sozialdemokratischen Lager gelernt haben, daß Rücksichtnahme auf jene bürgerlichen Parteien, mit denen man Interessengemeinschaft hat, politisch und parlamentarisch zweckmäßiger ist, als selbstgewählte Isolierung, die nur der Rechten nützt. Diese Erkenntnis muß auch bei dem Reichsbanner und seinem Bundesvorsitzenden anerkannt werden, damit im überparteilichen Sinne zugunsten der Republik und der Gesamtheit der republikanischen Parteien die Arbeit fortgehen kann.

Höyter-Wschoff über Finanzpolitik.

Die kommende Steuerreform.

Der preussische Finanzminister Dr. Höyter-Wschoff sprach in mehreren überfälligen Besprechungen der Deutschen Demokratischen Partei in Gost und Hamm und machte unter dem stärksten Beifall aller Anwesenden folgende Ausführungen:

Die deutsche Gesamtwirtschaft ist heute wie der Kohlenabfall, die Eigenregierung, die Verlecherer der Einnahmen, der Mangel der Arbeitslosigkeit beweisen, in einer aufsteigenden Entwicklung. Nur die Entwertung des Aufwandes nimmt an dieser Entwicklung teil. Die Aussicht weist keine an dieser Steigerung auf. Die Entwertung des Aufwandes ist seit Monaten positiv. Wir besitzen den Einzahlungsüberschuss mit dem in Ausland aufgenommenen Anleihen. Diese Entwertung muß sorgfältig beobachtet werden. Die Hilfe des Auslandes ist notwendig für unseren Wiederaufbau, aber was wir vom Ausland bekommen, muß einmal dem Ausland zurückgegeben werden. Die Notwendigkeit, damit die Aussicht zu forcieren, kann zu einer Entwertung der Lebenshaltung des ganzen Volkes führen. In der Aufnahme von Auslandsanleihen ist daher große Zurückhaltung geboten. Die Beratungsfälle ist nicht zu entbehren. Ebenso notwendig ist

es, das von dem Reichswirtschaftsminister aufgestellte Programm, Senkung der Zollschranken, Abkühlung langfristiger Handelsverträge — auch durchzuführen. Die jetzt bestehende Zollhöhung ist dem Reichsbanner nicht unbekannt, und darum auch die preussische Regierung ist zu widersprechen. Der Staatbedarf der Wirtschaft kann nur begrenzt befriedigt werden, für den Mittelstand ein neues Reichsfinanzinstitut zu schaffen. Die Vermehrung der Institute durch nicht Vermehrung der Kapitalien. Die preussische Kasse ist zu berufen, dem gewerblichen Genossenschaftswesen den erforderlichen Rückhalt zu geben. Sie führt den Gemeinwerbungen schon heute 200 Millionen Kredite zu. Auch preussische Staatsbank ist es sich zur Aufgabe gesetzt, durch Verbindung mit der Girozentrale den Sparlosen Kredit den gewerblichen Mittelstand zuzuführen.

Der Minister ging dann auf die Belastung der Staatsschuld mit Steuern und die kommende Steuerreform ein. Statistik vom 1925 zeigt, daß die Steuereinnahmen von bis 1925 um im Durchschnitt 148 Prozent gestiegen sind. Reich 181 Prozent, in den Ländern, um 208 Prozent um den Gemeinden um 109 Prozent. Diese Zahlen geben ein falsches Bild von der Steigerung der Ausgaben, wenn nicht berücksichtigt, daß die Länder, vor allem Preußen, 1/3 Ertrag für die fehlenden die Einnahmen der Einnahmen aus Hauszinssteuer insofern nicht zur Verfügung haben, als für die Neubaussteuer verwendet werden. Nicht man Einnahmehäufnisse den Einnahmen von 1913 zu und man die Hauszinssteuer einmal, soweit sie für die Neubaussteuer zu verwenden sind, von den Einnahmen von 1925 zu betragen die Steigerung der Einnahmen bei den Ländern 122 Prozent und bei den Gemeinden nur 88 Prozent. Verbrauch an Steuern erweist sich in Preußen als los dadurch, daß über 150 Millionen Einnahmehäufnisse sind, und daß wir für die Schule 220 Millionen und für Polizei 140 Millionen Mehrausgaben haben. Die Steuerreform ist zu begründen. Sie vereinfacht die Verwaltung dem sie die Feststellung der Einkommensteuer, Vermögenssteuer, Grundsteuer und Gemeindeförderung einer Stelle, e beim Finanzamt zu bilden den Ausführenden überträgt, an dem Vertreter der Gemeinden und der allgemeinen Verwaltung mit Sitz und Stimme teilnehmen.

Wenn die Reform weiter vorrückt, daß die Hauptpflicht für die Reichssteuer von reichsweit bestimmt und im Finanzamt festgelegt wird, so ist das auch ein Fortschritt. Man muß aber den Gemeinden die Erhebung der Landes-, Gemeindeförderung und die Uebertragung der Erhebung übertragen, man muß ihnen die Freiheit überlassen, die verschiedenen Arten der Grundbesitz- und Gemeindeförderung und Einkommensteuer in verschiedenem Maße je nach der Struktur der Gemeinde zu den Steuern heranzuziehen. Die preussische Staatsregierung hat in ihrer Steuerpolitik stets auf den steigenden Rückhalt genommen, besonders bei der Feststellung der Grundsteuer und der Gemeindeförderung, und sie wird auch in Zukunft auf den Mittelstand Rücksicht nehmen, weil es staatspolitische Notwendigkeit ist, den Mittelstand zu erhalten und zu fördern.

Landtagswahlen im Herbst.

Am den Termin der Preußenwahlen 1928.

Während der Winter 1926 auf 1927 nur wenige Wahlen in den deutschen Ländern gebracht hat, Gassen und Schirren mußten ihre Landesparlamente erneuern, stehen für den kommenden Winter Wahlen in zahlreichen Einzelstaaten bevor. Den Anfang im Mittels-Rhein die Freie und Hansestadt Hamburg nach dreijährigem Turnus ihre Bürgerpflicht zu erneuern hat. Vor folgt im November die hanseatische Schwedensrepublik Bremen. Im gleichen Monat finden die Landtagswahlen in Hessen und Braunschweig. Die Braunschweiger Wahlen sind deshalb von besonderer Interesse, weil hier die letzte reine Reichsregierung ihre Leben kämpft, nachdem die gleich zusammengesetzten Regierungen von Anhalt, Thüringen und Mecklenburg-Schwerin bereits haben abtreten müssen. Am Ende

Ein ehrlicher Chronist.

Roman und Republik.

Es ist auffallend, daß schon der Krieg von 1870/71 bei uns in Deutschland einen wirklich künstlerischen Ausdruck kaum gefunden hat. Die besten Kriegserzählungen von damals schrieb Mitzenner. In seinen kleinen Stücken ist dieser Krieg wirklich gestaltet worden, sonst aber haben die deutschen Dichter, ja die Künstler überhaupt, verlagert. Was sich nach 1870 gezeigt hat, das hat sich in diesem Weltkrieg wiederholt. Wir haben unendlich viele Barden erlebt, die vom Schreibtisch aus ihre Selbengänge verüben ließen, und die den Krieg schilderten, daß denen, die diese Schilderungen im vordersten Graben sahen, manchmal speiübel wurde. Dieses Kriegserleben ist so groß gewesen, daß es nur ganz wenigen gelungen ist, einen Eindruck dieses Erlebnisses zu vermitteln. Was nach das Erleben so groß, und das Schweben gegenüber dem Kriegserleben war ein Schweigen der Ehrlichkeit. Es fehlt aber vielfach auch an der Ehrlichkeit. Während des Krieges war Ehrlichkeit zum Schweigen verurteilt, und erst jetzt scheint es an der Zeit zu sein, daß es die künstlerische Gestaltung dieser Schicksalsjahre gedacht werden kann. Immer wieder aber muß das eine gesagt werden: Mit falschem Schwere wird man dieser schicksalhaften Zeit nicht beikommen können. Nur mit dem größten Willen zur Ehrlichkeit — nach der menschlichen und der künstlerischen Seite hin — werden unsere Künstler ein Abbild dieser Zeit schaffen können.

Hermann Anders Krüger hat sich an die große Aufgabe der Zeitgestaltung herangemacht. Ihm als einem Meister des Entwicklungsromans lag es nahe, Menschensentwicklung in dieser wilden Zeit zu formen. Er schildert auch nicht Dinge, die er nicht erlebt hat, sondern er schildert aus eigenem Erleben. Er ist ein ehrlicher Chronist

der Zeit, und sein neuer Roman „Die sieben Räuber“ (Gretlein und Co., Leipzig—Jülich) ist darum auch ein ehrliches Zeitdokument. German Anders Krüger ist es gegeben, verdammte Töne bei Gleichgültigen anschlagen zu lassen. Er erzählt die Geschichte von sieben thüringischen Vorkriegskindern, die in Freud und Leid zusammengelassen haben. Er schildert ihr Leben im alten Reich, im Weltkrieg, und er zeigt den Weg, den sie in der Republik gegangen sind, den Weg, der sie zur Republik führte. Insofern ist dieser Roman auch ein Roman der Republik und ein Roman für die Republik. Es ist aber kein Tendenzroman in dem üblichen Sinne. Der Dichter schaut nicht darauf zurück, die Verfallserscheinungen des Kaiserreiches zu schildern. In diesem Roman ist Kritik gewiß, aber diese Kritik ist politische Kritik, in diesem Roman ist lebendige der Wille zum Volk, und das macht dieses Werk überaus wertvoll.

Raden ist u. a. jene Szene, in der German Anders Krüger den Grundstoff für die sieben Räuber gemacht hat. Einer der Räuber, ein Frontkämpfer und Biologieprofessor, steht dann diesen Grundstoff zu zusammen: „Rauf hoch, liebe Freunde! Traurig muß diese Zeit sein, aber sie ist doch voller Leben, sie hat ihre Größe, weit mehr als die ruhigen Durchschnittsjahre, in denen die Nationen meist nur Pflücker erzeugen. Wir zeugen und erzeugen Kämpfer und Ringer, die vielleicht tausendmal irren, aber schließlich doch siegen werden, freilich nicht auf Schlachtfeldern, sondern im Weltkampf schaffender Kultur. Auch wir sieben Räuber sind nur sieben schwache Menschenlein gewesen, aber doch eine kleine geschlossene Einheit von festem Willen und von mannigfachen Kräften geworden. Gelinder, kraftvoller Familieninn ist heiliger Kern der Gesamtheit muß hinhinweisen in starkes Volkstum; Volkstum muß mühen in edelstem Menschentum. Dar-

über laßt uns jetzt nachdenken und reden, aber uns mehr die Seele gemartern mit diesem ethisch-kräftigen Gewaltfrieden, der nur ein Irrtum und darum auch ein Durchgang sein kann.“

Und zum Schluß des Romans wird dann die Feier eines der sieben Räuber gefeiert, eines Mannes, der im Kriege als Krieger hervorgetreten ist, der auch erst auf der Seite der Widerstrebenden stand, um in seinem letzten Kampf gegen Vorkämpfer zur Republik und sich für sie opferte. In dieser Totenrede für den Räuber Theodor Greußel, läßt German Anders Krüger seinen Kameraden so sprechen: „Das höchste Bekannte Obere hat wie immer verhängnisvoll und anstößend die Anwesen gewährt. Anier Volk wird nach Jagd daran Fronten und sich darum verhalten in Satz und Straftat. Es ist unendlich leicht, auch meist vornehmlich, nicht sonderlich nachvoll, mit der folgenden Mehrheit gehen. Es ist an sich wohl ehrenhaft und charakterlich unter ihr doch sich nicht zu beugen und liebenswert am Allen teilzunehmen. Aber wenn die neue Staatsform einmal zur zwingenden Notwendigkeit geworden und von der übermäßigsten Majorität des Volkes brüchlich begibt in einer neu geschaffenen und nicht begünstigten Verfassung beständig und ordnungsgemäß durchgeführt worden ist, dann gibt es für alle keinen Grund, das nur eine Pflicht, diese Verfassung wenig zu achten als den neuen Willen und das neue Gesicht der Nation, und sie zu schätzen gegen Unzufriedenheit rechs wie links. Wir müssen alle endlich heraus aus Klammernegativismus, müssen endlich auch soziale Kultur gewinnen, die nur einmal damit beginnt, gerade die Genossen, die einem auf die Beeren fallen, in Tat und Gebuld zu ertragen, um mit ihnen fürs Ganze schaffen und sie dabei schließend in alle Welt d'ol Volksliebe werfen zu lernen.“

nters folgen dann zwei besonders wichtige Landtags-
sitzungen, nämlich in den beiden größten süddeutschen Lan-
den, Bayern und Württemberg. Die Wahlen
sind für Ende März oder Anfang April zu erwarten,
obwohl die dortigen Landesparlamente im Frühjahr
noch unter dem Einfluß der Inflationsereignisse zu-
rückgeblieben sind. Auch hier sind die von den
nationalen und beeinflussten Landesregierungen
ausgeprägter Vertretungsbefugnisse gegenüber dem
Landtag der Mitte und der Linken. Die Einzelwahl-
rechte in den verschiedenen Ländern werden für die
Arbeit des Reiches nicht nur dadurch von Wichtigkeit
1, daß sie weitgehend vielfach eine Veränderung
der Zusammenfassung der Landesregierungen zwin-
gen, sondern auch als wichtige Stimmungsproben für den
Fall der Reichstagswahlen gewertet werden, die am
Jahre des Winters 1928 stattfinden müssen.

Der Termin der Präsidentschaftswahlen, die im Jahre
1930 stattfinden müssen, ist noch nicht bestimmt. Wie
vermutlich in bestimmten Kreisen erwohnen, die
Wahlen einige Wochen vor den Reichstagswahlen —
1, daß der Reichstag sein natürliches Ende findet
— stattfinden zu lassen. Eine etwaige Vorverlegung der
Wahlen wird u. a. damit begründet, daß dieser
Kampf im Besonderen im Zeichen der preussischen
Reaktion zu stehen hat. Die preussische
Reaktion wird sich bei sich behaupten und insoweit
1, die Parteien der jetzigen Regierungskoalition mit
dem Gewissen in den Wahlkampf gehen. Preussische
1, diese sprechen aber sehr erheblich gegen eine geplante
Vorverlegung. Die Gefahr einer Vertiefung ist vorhan-
den, und es ist ein unerwünschter Zustand, wenn wenige
Wochen später, nachdem in nahezu zwei Dritteln des
Landes vom Preussischen Landtag gewählt worden ist,
die Reichstagswahl folgen sollte. An einer solchen Zer-
stückelung kann bei ernster Prüfung keine Partei ein Inter-
esse haben, und es ist deshalb zu hoffen, daß die
Wahlen mit den Reichstagswahlen gemeinsam statt-
finden werden.

Die Deutschnationalen und die Reinrentnerversorgung.

Die Tatsache, daß die demokratische Reichstagsfraktion ein
Hilfsangebot zur Reinrentnerversorgung eingebracht hat, erregt
deutschnationalen Kreisen erhebliches Unbehagen, und zwar
aus gutem Grunde. Vor dreizehn Jahren haben nämlich
Deutschnationalen selbst einen äußerst mangelhaften Ge-
setz eingebracht, aber obwohl sie die ausschlaggebende
Reinrentnerpartei seit einem halben Jahre sind, haben sie es nicht
nötig gehalten, die Behandlung dieser Entwurfs in
1, einer Weise parlamentarisch zu fördern. Vertierung
Reinrentner der Jülle und rationales Schulgesetz
war sie eben dringenderen Aufgaben. Nun legt sie in
N. 3. eine angeblich aus parlamentarischen Kreisen stam-
mende Initiative gewaltig darüber auf, daß die Demokraten
1, ihrerseits die „Initiative“ ergreifen und sucht nachzu-
weisen, daß der demokratische Gesetzentwurf von dem
deutschnationalen gar nicht unterliegt. Der Wert einer
solchen angeblichen parlamentarischen Kritik bei ihrer
Zufuhr, die von 22. Juli kommt, den demokratischen Ge-
setz nicht täumten. Um ein etwaiges Zurückgehen um
1, die nämliche Tatsache von vornherein unmöglich zu machen,
1, den wir jetzt, daß das demokratische Initiativegesetz an diesen
1, gegen niemand bekannt war. Wenn die Deutschnationalen
1, nicht später die Mängel weisen sollten, außer der kurzen
1, Tatsachen, die bisher von der Presse gebracht wurde, sich
1, Gesetz leicht anzunehmen, die werden selbst ihre politischen
1, so oft verächtlichen deutschnationalen Augen sehr daß den
1, politischen Unterschied erkennen, den der demokratische Ent-
1, wurf gegenüber dem Reinerntner im Verhältnis zu ihrem Entwurf
1, weist und schon gelegentlich der Septembertagung des
1, Reichstages werden die Deutschnationalen zeigen können, ob
1, ihnen tatsächlich ernst ist mit einer wirklichen Hilfe für die
1, Reinrentner und zwar dadurch, daß sie der parlamentarischen
1, Behandlung des demokratischen Gesetzes auf dieser Septembertag-
1, ung und dem Gesetz selbst zustimmen. Aber die Einstellung
1, Deutschnationalen selbst, wird freilich nach wie vor die
1, Richtung zeigen, daß die Fertigstellung der deutschen Volksschule
1, die Deutschnationalen ein dringenderer Beratungsstoff für
1, die Septembertagung sein wird, als eine durchgreifende Hilfe
1, für die Reinrentner.

Die Handelsverträge.

Die ersten sechs Monate dieses Jahres haben der deut-
schen Außenhandelspolitik keine überproportionalen Erfolge
gebracht, sind die Verträge mit der Türkei und Japan abge-
schlossen worden, aber die Verhandlungen über diese Verträge
sind doch schon seit mehreren Jahren, jedoch der ernsthafte
1, schlag nicht ausschließlich auf das Konto des jetzigen Re-
1, gierung geleitet. Die Hauptarbeiten haben seine Vor-
1, gänger geleistet, so solche Vorarbeiten nicht beendeten, ist man
1, noch vorwärts gekommen und die ganze Einstellung des jetzigen
1, Kabinetts läßt bezweifeln, daß man auch in der zweiten
1, Hälfte nicht alle die Fortschritte wird feststellen können.
1, 1, daß über die Verhandlungen mit Polen ein Kabi-
1, nettschluß vor dem Beginn der Politischen Ferien nicht zu
1, eigen gewesen, obgleich über die Frage des Niederösterreichs
1, Polen der Hauptpunkt — eine Verständigung
1, haben bereits erzielt war. Aber der Streit, der im Ka-
1, binettsrat über die Agrarfrage Polen gegenüber ausgetragen
1, hat sich nicht gelöst und belegen lassen. Die Frage der
1, neuen Schweinefleisch nach Deutschland ist immer noch
1, offen, und das Reichskabinet will im Herbst darüber Be-
1, schluß fassen. Man könnte allerdings sachliche Gründe für
1, die Haltung anerkennen, denn man wird im Herbst
1, die politischen Umständen besser übersehen und die deutschen
1, Interessen dementsprechend abmessen können. Aber bestehen

bleibt doch der wenig günstige Eindruck, daß seit der Genfer
Wärztagung, bei der Dr. Stresemann und Jolecki Grundzüge
für die weiteren Verhandlungen, aufstellten, Monate vergan-
gen sind, ohne daß die Verhandlungen weiterkämen.

Günstiger liegen die Verhandlungen mit Jugoslawien.
Durch Beschränkung des geplanten Vertrages auf wenige Wa-
rengruppen hat das Kabinet es vermieden, allzuweit auf die
landwirtschaftlichen Interessen der jugoslawischen Regierung
einzugehen. Ein Abbruch scheint hier allerdings mög-
lich, wenn auch der Vertrag eben nur in einem engen Rah-
men abgeschlossen werden soll. Die landwirtschaftlichen Fragen
spielen auch bei den Verhandlungen mit den überseeischen
Ländern, vor allem mit den englischen Dominions, Südafrika
und Kanada eine große Rolle. Da es sich hier hauptsächlich um
die Wehrstoffe handelt, wo lediglich Industrieverträge zur De-
batte stehen, wie bei der Fischscholomate, kommt man schneller
vorwärts, aber bei allen landwirtschaftlichen Verhandlungen
mit Frankreich, die jetzt in Paris stattfinden, nicht plötzlich
wieder bemerkbar machen und die Verständigung verzögert
wird.

Beamtenfragen.

Der Aufstieg der mittleren Beamten.

Reaktion im Reichsverkehrsministerium.

Durch einen von der Fraktion der Deutschen Demo-
kratischen Partei in der Reichstagsgebäude Preussischen
Landesversammlung eingebrachten Gesetzentwurf ist das
Gesetz über die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst
dahingehend geändert worden, daß auch Beamten
die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst zuge-
sprochen werden kann, die sich durch hervorragende Lei-
stungen als befähigt für den höheren Verwaltungsdienst
erweisen. Bis dahin bestand das unbedingte Juristen-
monopol, das es auch dem allerhöchsten nichtjuristischen
Beamten unmöglich machte, eine Stelle im höheren Ver-
waltungsdienst zu bekommen. Infolge der Gesetzes-
änderung ist auch zunächst eine Reihe von mittleren
Beamten in leitende Stellen gekommen; dann trat aber
ein Stillstand ein und jetzt kann man mit Recht von einer
rückwärtigen Bewegung sprechen. Man löst allenthalben
auf eine starke Meinung gegen die Übernahme bevor-
zugt tüchtiger mittlerer Beamter in den höheren Ver-
waltungsdienst und fernher gegen die weitere Beförderung
der einmal übernommenen früheren mittleren Beamten.
Im preussischen Ministerium des Innern ist bei den Com-
missionen für den höheren Verwaltungsdienst noch ein
ehemaliger Ministerialrat geworden, jedoch nunmehr
drei ehemalige mittlere Beamte in diesem Ministerium
in Ministerialratstellen tätig sind. Im preussischen Land-
wirtschaftsministerium ist die Zahl von 2 auf 1 zurück-
gegangen, ebenso ist die einzige freigewordene Stelle dieser
Art im preussischen Ministerium für Wissenschaft,
Kunst und Volksbildung wieder mit einem Vorkadete-
nister besetzt worden.

Besonders ablehnen liegen aber die Verhältnisse im
Reich. Und hier besonders in den von dem deutschnationalen
Minister Dr. Koch geleiteten Reichsverkehrs-
ministerium. Von dem neun Ministerialratstellen, die
dieses Ministerium durch den Haushalt 1927 bekommen
hat, ist keine einzige einem ehemaligen mittleren Beamten
zugefallen. Die vorhandenen, bei der Erziehung des
Reichsverkehrsministeriums aus dem preussischen Dienst
übernommenen Beamten mit Fachbildung, die durch
den demokratischen Minister Oeder und einen demo-
kratischen Staatssekretär zu Referenten befördert worden
sind, sind durch dienstjüngere Akademiker aus fremden
Ministerien ersetzt worden, und es ist selbst in diesem tech-
nischen Ministerium noch kein einziger früherer mittlerer
Beamter Ministerialrat geworden. Bei den Beamten
herabstufung hierüber mit Recht ein großer Unmut, zumal be-
sonders im Reich der Personalabbau dazu benutzt wor-
den ist, vielfach die zu Referenten beförderten Fach-
beamten auszumergen. Die verantwortlichen Regierungs-
stellen sollten sich doch ganz klar darüber sein, daß sie auf
diese Weise das in der mittleren Beamenschaft vorhandene
gesunde Streben nicht fördern, wie es sich erfreu-
licherweise namentlich auch in dem Bereich der Verwal-
tungsabteilungen zeigt.

Beoldungspläne der Reichsregierung.

Ein neues Sprerzeug für die Länder- und Gemeinde- beamten?

Nach dem nunmehr vorliegenden Bericht hat der
Reichstagsabgeordnete Morath von der Deutschen
Volkspartei im Hausparlament des Reichstages folgen-
des ausgesprochen:

Es sei aber in diesen Ausführungen der Vertreter
der Länder kein Wort von den Mehrtausgaben der
Länder gesprochen worden, die sie durch Höherstellung
ganzer Beamtengruppen gefast hätten. Die Reichs-
beamten würden glücklicherweise sein, wenn sie das bezögen,
aus gleichartige Beamte in einzelnen Ländern oder
Gemeinden erhalten. Man will, daß das Reich beab-
sichtigt, auch gegenüber den Kommunen bezüglich ihrer
Beamtenspolitik gewisse Kautelen zu schaffen, um sich
gegen die Beförderung in den Reichsdienst beim Abtritt
von Gemeindebeamten in den Reichsdienst wieder die-
selben Erfahrungen machen wie vor Jahren. Es
sei die Bestimmung vorgezogen, daß die in den drei
letzten Monaten der Unterfertigung der Besoldungs-
form geschaffenen Höherstellungen ungenutzt seien.

Diese Mitteilungen sind gewiß für Beamte recht in-
teressant, zumal ja anzunehmen ist, daß Herr Morath als
Angehöriger einer Regierungspartei über die Pläne der
Reichsregierung gut unterrichtet ist. Demnach will aber
das Reich die Beförderung der Gemeindebeamten wieder kon-
trollieren. Will Herr Morath auch wieder ein Sprer-
zeug? Recht interessant ist es auch, wie Herr Morath die
Reichsbeamten gegen die Beamten der Länder und Ge-

meinden auszuspielen versucht. Mit so allgemeinen Be-
hauptungen ist aber nichts anzufangen und es wäre gewiß
wertvoll, von Herrn Morath zu erfahren, welche Länder-
und Gemeindebeamten nach seiner Ansicht zu gut einge-
stuft sind, dann ließen sich die Angaben nachprüfen. Es
ergäbe sich dann aber auch vielleicht, daß Herr Morath die
Verhältnisse bei den einzelnen Verwaltungen kaum aus-
reichend kennt. Für die Beamten wäre sicher nichts ver-
derblicher, als wenn man bei der Neuordnung der Besol-
dung die verschiedenen Beamtengruppen und darüber hin-
aus noch die Beamten des Reichs, der Länder und der Ge-
meinden gegeneinander auspielen würde, wie es Herr
Morath versucht.

Hilfe für die Junglehrer.

Nach einer Mitteilung des „Demokratischen Zei-
tungsblattes“ sind in der letzten Zeit erneute Hilfsmaß-
nahmen für die Junglehrer in Preußen getroffen
worden. Nachdem es auf dem Wege von Verhandlungen,
die das Reichsinnenministerium führte, nicht möglich
war, außerpreussische Länder zur Übernahme einer be-
stimmten Zahl von Junglehrern zu verpflichten, ist Sam-
burg jetzt dazu übergegangen, von sich aus etwa 70 preu-
ssischen Junglehrern eine Aufstellung zu verschaffen.
Ebenso haben die beiden Marksländer bereits preussische
Junglehrer übernommen und in Sachsen und Thüringen
ist für die nächsten Jahre mit einem Mangel an Lehr-
nachwuchs zu rechnen, jedoch preussische Junglehrer Aus-
sicht haben, auch dort eine Anstellung zu finden. Nur
wenig Junglehrer, etwa 5-800 haben dagegen von dem
preussischen Anreiter, durch eine einmalige Leistung in
Höhe von 1000 M ihre Ansprüche abfinden zu lassen, Ge-
brauch gemacht. Was bedeutet diese Hilfsmaßnahmen bei
so vielen stellenlosen Junglehrern?

Religionsbeschlüsse der Lehrer und Lehrerinnen.

Nach der letzten Schulpfählung (1921) gab es im
Deutschen Reich an den öffentlichen und privaten Volksschulen
197 446 Lehrer und Lehrerinnen. Davon waren
127 489 evangelisch, 64 786 katholisch, 562 jüdisch und
691 gehörten einer anderen oder gar keiner Religions-
gemeinschaft an. Also erst auf etwa 160 christliche Lehrer
kommt immer ein nichtchristlicher. Man erhebt daraus,
wie falsch die Behauptung ist, daß bei Einrichtung von
gemeinsamen Volksschulen jüdische und „heidnische“ Leh-
rer für den Geist des Unterrichts bestimmend würden.

Landesbürgerschaft.

Auf Grund des § 57 des Schutzpolizeibeamtengesetzes
soll der Staat unter den entsprechenden Voraussetzungen
für länderbürgerschaft übernehmend. Leider sind die
Ausführungsbestimmungen für diesen Paragraphen des
Schutzpolizeibeamtengesetzes immer noch nicht ergangen.
Das hat wohl seinen Grund darin, daß die Ausführungs-
bestimmungen für die Reichsbürgerschaft nach dem Reichs-
wehmachungsvertragsgesetz erst jetzt erlassen worden sind.
Auf Grund einer Anfrage stellt nunmehr das preussische
Ministerium des Innern dem Landtagsabgeordneten
Bartels-Hannover mit, daß die beschriebenen Ausfüh-
rungsbestimmungen zu § 57 des Sch.P.B. 3. J. den be-
stimmten Ressort zur Mitprüfung vorliegen. Da auch
noch der Staatsrat gebirt werden müsse, dürfte mit der
Herausgabe der Ausführungsbestimmungen vor Oktober
1927 trotz größter Beschleunigung kaum zu rechnen sein.

Politische Notizen.

Reichsminister a. D. Dr. Kütz beim Reichspräsidenten.

Reichspräsident von Hindenburg empfing am 27. Juli
den früheren Reichsinnenminister Dr. Kütz zum Vortrag
über den Verlauf der Internationalen Staatenkonferenz
zur Gründung des Weltfriedensverbandes. Dr. Kütz war
bekanntlich vom Völkerverbund zum Präsidenten dieser
Konferenz gewählt worden. Der Reichspräsident nahm
mit lebhaftem Interesse von den in Genf getroffenen Ver-
einbarungen Kenntnis.

Die lunterbunte Wirtschaftspartei.

Das Durcheinanderstimmen bei der Wirtschaftlichen
Vereinigung nimmt bisweilen geradezu groteske Formen
an. Ein hübsches Beispiel für ihre vollkommene Ratlosig-
keit in politischen Dingen haben diese Herrschaften am
27. Juni 1927 bei der zweiten Beratung des Gesetzent-
wurfs zur Verlängerung der **Pachtgesetzordnung** im
Reichstag geliefert. Demals stand ein sozialdemokratischer
Antrag auf Ausdehnung der Bestimmungen der neuen
Pachtgesetzordnung auf die Pachtverträge nach dem 1.
März 1924 zur Beschlussfassung und die Wirtschaftliche
Vereinigung stimmte darüber folgendermaßen ab: Die
beiden Deutschhannoveraner Alpers und Meyer-
Hannover stimmten mit Nein (die beiden anderen
Deutschhannoveraner fehlten, Abgeordneter Nolte unent-
schuldigt, Abg. Hampe als krank); die Bauernbündler
Eisenberger, Fecht, Kalenderer, Kersch-
baum, Kling stimmten mit Ja (der Bauernbündler
Bachmeyer fehlte unentschuldig); die Abgeordneten der
Wirtschaftspartei bekamen es sogar fertig, bei der Abstim-
mung nach den vier Richtungen der Windrose auseinan-
derzugehen; Abg. Dunkel stimmte nämlich mit Ja, die
Abg. Bornemann, Dr. Bredt, Lücke, Mollath,
Rehbold stimmten mit Nein, die Abg. Holzamer
und Gier auf enthielten sich der Stimme, Abg. Dr. Jö-
risen wählte sich unentschuldig von der Abstimmung,
Abg. D e w i g war krank.

Entwurfs widerpricht selbst einer solchen einengenden Auffassung. Er weiß der Schule die Unterstufung, Ergänzung und Fortsetzung der erteilten Erziehung der Jugend zu, die sie zu nützlich wertvollen Menschen und zu Staatsbürgern heranbilden soll, die fähig und bereit sind, der deutschen Volksgemeinschaft zu dienen. Als zwei gleichwertige, in sich selbständige Erziehungs-faktoren stehen Eltern, Haus und Schule nebeneinander, jeder von eigenen Gesetzen geprägt. Das Elternhaus, die Pflegestätte, individualisiert Werte, unbeschränkt und unbefristet in der Richtung und der Wahl der Mittel der Persönlichkeitsbildung. Daneben die Schule, die den Gemeinheitsbewußtsein formt, den heranwachsenden Volksgenossen auf sein Arbeitsleben vorbereitet und ihn in die Gesellschaft einreicht. Recht und Verantwortung dieser Bildungsaufgabe trägt der Staat. Wenn jedesmal die Mutter, die ihren Sprößling auf den ersten Schulweg geleitet, das Gefühl des Wohlgefühls hat, der Preisgabe der absoluten Beziehung ihres Kindes zum Elternhaus, so weiß sie zugleich, daß sie es in eine neue Gemeinschaft einführt, die Wachstumsteile sich entwickeln und reifen läßt, auf der Grundlage des deutschen Kulturgutes. — Wie die Schule dieses übernimmt und an ihm weiter baut, daran ist der Maßstab ihres Wertes gegeben. Geht nur das Reichsschulgesetz unter dieser Fragestellung an, zunächst die Zielsetzung und die Formen der Volksschule, die es bringt. Die Reichsverfassung sieht einen einheitlichen Aufbau des Schulwesens vor, gestiebt nach dem Bildungsbedürfnis und trägt innerhalb dieses Aufbaues den weltanschaulichen Richtungen Rechnung durch Zulassung von Bekenntnisschulen und bekenntnisfreien Schulen. Sie können geschaffen werden auf Antrag der Erziehungsberechtigten, die ihre Kinder in der Schule abfordern wollen von der Gesamtheit, ihren Unterricht einem besonderen Prinzip unterstellen. Die Regelschule der Verfassung, die vom Staat vorgegebene Norm, ist die Gemeinschaftsschule. — Der neue Gesetzesentwurf sieht im § 2 die Formen der Volksschule auf: a) die nach Bekenntnissen nicht getrennte Volksschule (Gemeinschaftsschule), b) die Bekenntnisschule, nach dem Bekenntnis näher bezeichnet als evangelische, katholische, jüdische Volksschule, c) die bekenntnisfreie Schule (weltliche oder Weltanschauungsschule). Kommt die Gemeinschaftsschule, indem sie gleichgeordnet an erster Stelle der drei Schulformen genannt wird, zu ihrem Recht? — Ihrem Wesen nach, nicht nach dem Umfang ihrer Wirksamkeit? Nein; sie erfährt eine fremde Prägung, eine Verbiegung ihrer ursprünglichen Ideen. Diese war die Unterrichts-

gemeinschaft, Ausgestaltung der Bekenntnisfrage aus dem Erziehungsbereich der Schule als Trennungsprinzip. Nicht aus Gleichgültigkeit, Mißachtung gegen die Konfession oder gar Religion. Auch die Gemeinschaftsschule der Reichsverfassung arbeitet auf religiös-fähiger Grundlage, der Religionsunterricht ist in allen Klassen verbindliches Lehrfach, er wird nach Bekenntnissen getrennt erteilt. Aber die Rücksicht auf Bekenntnisse und Weltanschauungen beeinflusst nicht den gesamten Schulbetrieb; der erfährt Schüler und Lehrer von ihrer nationalen Zusammengehörigkeit aus und sammelt sie um ein Bildungsziel, das aus der Lebensart, der Tradition und Geschichte ihres Volkstums erwächst. Die Fassung des Entwurfs macht aus der Bekenntnisfreiheit ein Bekenntnis, betont auch für die Gemeinschaftsschule gesinnungsmäßige Unterstufung. Sie verlangt eine Gruppenbildung von Erziehungsberechtigten, die diese Schule für sich fordern müssen, damit sie entsteht. Ein gewisser Widerspruch zu dem Absatz 1 des § 3: Die Gemeinschaftsschule steht grundsätzlich allen nortschulpflichtigen Kindern offen. — Auch in einer anderen Beziehung entspricht die Gleichstellung im Entwurf nicht dem Wesen der Gemeinschaftsschule. Für sie besteht nicht die übergeordnete Vertretung Außenstehender, die, gemäß auf die Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts, darüber wacht, daß die Bekenntnisschule ihre Aufgabe dem Glauben gemäß erfüllt, in der die Kinder erzogen werden, und die bekenntnisfreie Schule auf eine bestehende Weltanschauung Rücksicht nimmt. Die echte Gemeinschaftsschule ist ein an sich geschlossener Aufbau, ohne Bindung an nebengeordnete Mächte, nur sich selbst und ihrer Unterrichts- und Erziehungsaufgabe verantwortlich, über deren Erfüllung der Staat wacht. In die Reihe der antragsberechtigten Schulformen eingruppiert, verliert die Gemeinschaftsschule nicht nur ihre in der Reichsverfassung vorgegebene Vorrangstellung, sondern auch ihre weltliche Eigenart. Ihr Sinn wird verflüchtigt. Neben dieser Wirkung der geplanten Neuerung auf die Gemeinschaftsschule muß beachtet werden, daß die Bekenntnisschule des Entwurfs, und entsprechend auch die weltliche Schule, ganz etwas anderes ist als die bestehende konfessionelle Volksschule; viel stärker gesinnungsmäßig betont und der Einflußnahme der Religions- und weltanschaulichen Gemeinschaften ausgeleitet. Was das für den Schulbetrieb und für das Erziehungs- und Unterrichtsziel bedeutet, muß eingehend erwogen werden, bevor die Regierungsvorlage Gesetz wird. Untere demokratische Auffassung rückt alle politische Verantwortung für das Schul- und Unterrichts-wesen unseres Landes mit zu tragen haben.

nach dem ablehrenden Spruch des Reichstags zu ziehen. Darauf führte Dr. Raßig aus: Staatsrechtlich mag der Minister nicht zur Zurückziehung der Vorlage gezwungen gewesen sein, er aber durch die Zurückziehung Folgezweigen aus dem Beschluß des Reichstages gezogen hatte, dürfte er nach drei Wochen die Vorlage von neuem einbringen. Minister erklärte, daß die Post täglich 700 000 Mark schießt, im Monat 20 Millionen Mark. Darin sind auch die Ausgaben für Neuanlagen enthalten, wie Minister die 300-Millionen-Anleihe noch nicht aufgeben hat. Der Minister sagte, er billige den Stand von der Notwendigkeit verbender Anleihen, aber er nur bis zu einem Betrage von 150—170 Millionen gehen. Demgegenüber muß darauf hingewiesen werden, daß der Minister im März bei der Haushaltsaufstellung mit einer Anleihe in Höhe von 300 Millionen einverstanden war. Diesen Widerspruch muß der Minister auflösen.

Seit der ersten Zurückziehung der Vorlage Änderungen der Verhältnisse mit infieren eingeleitet als die Reichsbahn ihre Tarife um 70 Millionen ermäßigt hat, der Reichswirtschaftsminister die Preiserehöhung erteilt abgelehnt, und der Sparkon daran geht keine Grundzüge auch im Betriebe der Post Geltung zu bringen. Die Tätigkeit des Sparkonars mag lange Zeit dauern, aber nach einem Viermonats doch schon ein Endergebnis zu erwarten sei. Deshalb habe ich erneut Verlegung beantragt, wird bei einem sofortigen Beschluß die ganze Vorlage abgelehnt. Aus der Sitzung des Verwaltungsrates wird bekannt, daß bezüglich des Ortspostens der Vermittlungsantrag gemacht wurde, es für Briefe und Post auf 7/8 zu setzen. Ferner macht ein preußischer Vertreter den Vorschlag, die alten Kartenarten und Postkarten einzuführen, der zwischen Postarten und Posten liegt. Beide Vorschläge wurden von der Reichsverwaltung bekämpft.

Wendigung des Postfinanzgesetzes. Die preisgegebenen Rechte des Reichstages.

Uns unterrichteten Kreise wird nun „Demokratisches Postenamt“ geschrieben: Die Vortoroberhöhung des Postministers Schödel, der eigentlich nur noch die der Volkspartei als letzte Stütze hinter sich hat, haben einen guten Grund. In allen Parteien des Reichstages heute die Auffassung vertreten, daß das Reichspostgesetz vom März des Jahres 1924 unbedingt geändert werden soll. Der Reichstag hat damals seine Kontrollrechte zu einem Teil ausgeübt, um die Post leistungsfähiger zu machen. Die damals an das Postfinanzgesetz geknüpften Forderungen haben sich nicht in der Weise erfüllt, wie man hoffte hatte. Die technische und kaufmännische Leistung der Post wird unbefriedigend bleiben, wenn das Reichspostgesetz, Tarifserhöhungen zu beschließen, wieder führt wird. Der gegenwärtige Reichspostminister hat gemacht, den Haushaltsausweis des Reichstages zu ändern, wie jetzt der Verwaltungsrat behandelt worden ist. Den Kämpfen um die Vortoroberhöhung haben sich in den Monaten die Konstitutionsleiter des Verwaltungsrates des Postfinanzgesetzes mit ersäufender Deutlichkeit so daß selbst ein deutschnationaler Seite die Bestimmung einer Veränderung des bestehenden Zustandes ausgeprochen. Als Vertreter der deutschen Volkspartei Abgeordneter Gremer bereits früher eine Änderung des Reichspostgesetzes empfohlen. Die Selbständigkeit Abänderungsbestimmungen der Reichspost haben sich bestätigt, daß ähnliche gelegentliche Maßnahmen notwendig sind. Die Ausgestaltung des Reichstages hat sich geändert, leider zu spät. Wenn jetzt die Gehälter der Reichspostminister nicht, nicht vermindert werden konnte, jedoch notwendig, daß in Zukunft die Reichspost in anderer Weise geleitet wird. Das Reichspostfinanzgesetz hat die Kontrolle des Reichstages betreten und hat die Freiheit und Selbständigkeit geben wollen. Das Reichspostgesetz hat aber nur zur Folge gehabt, daß die Post die Freiheit in die Hand bekommen hat. Für den öffentlichen Dienst die Kontrolle angebracht hat, muß das Reichs-

Die Vortoroberhöhung beschlossen.

Die Beratungen des Verwaltungsrates.

Ueber die Sonnabendänderung des Verwaltungsrates der Deutschen Reichspost wird u. a. mitgeteilt: Einen großen Raum in der Besprechung nahmen die Verhandlungen über den neuen Patentarif ein. Diese lange Debatte endete aber schließlich auch damit, daß die Vorschläge des Arbeitsausschusses angenommen wurden. Die Deutsche Reichspost verzeichnet also in Zukunft 80 verschiedene Patentarifklassen, während wir bisher 48 hatten. Die bestehenden 16 Gewichtsklassen wurden beibehalten, aber statt der drei Entfernungszone wurden fünf eingeführt. Der neue Tarif bringt also keine Vereinfachung, sondern er schafft neue Schwierigkeiten, die sich langsam für die Wirtschaft als auch für die Post selbst ungünstig auswirken werden, da ein verminderter Patentarif nur vier Gewichtsklassen und drei Entfernungszone, also insgesamt 12 verschiedene Sätze haben sollte.

In den Besprechungen wurde auch ausgiebig die Frage der Hausbriefkästen erörtert. Reichspostminister Schödel wollte einen Zwang auf die Hausbesitzer ausüben und verlangte, daß die Hausbesitzer im Erdgeschoss ihrer Häuser Einzelbriefkästen für jede Mieterpartei einrichten sollten, die mit einem Glockensignal nach den einzelnen Wohnungen versehen werden sollten. Wenn durch eine solche Einrichtung würde, so bedeutet eine solche Vereinfachung, besonders in Städten mit großen Mietskasernen, wie etwa in Berlin, eine sehr erhebliche finanzielle Belastung für die Hausbesitzer, die ihnen schlechterdings nicht zugemutet werden kann. Die Erledigung dieser Frage wurde bis zur nächsten Haushaltsberatung vertagt.

Schlüssig die Postverkehrs und die Kontoaussage mit je 5 J zu betonen. Zur Begründung dieser Maßnahme wies der Reichspostminister darauf hin, daß der Reichspostverkehr mit Unrentabilität arbeite. Demgegenüber machte der demokratische Abg. Dr. Raßig geltend, daß zwar nach den Ausweisen der Post eine Unterbilanz vorliege, aber die Post reiche sich aber für den Postverkehr eine Personalabteilung von 82 Millionen Mark aus. Da aber bei der Postbediensteten nur 11 000 Personen beschäftigt seien, so sei die von der Post mitgeteilte Personalabteilung völlig unrentabel. Es handelt sich hier um ein einfaches Nachrechnen, und die Reichspost konnte dagegen nur erklären, daß die Personalabgaben nur geschätzt werden könnten, da zu den Gehältern der Postbediensteten noch die anteiligen Ausgaben für die einzelnen Postverwaltungen kämen. Dr. Raßig betonte daraufhin, daß die Schätzung der Post in diesem Falle zweifellos sehr hoch ausgefallen sei, und daß daher in Wirklichkeit das Postwesen nicht mit Schaden für die Post, sondern mit Gewinn abblenden müsse.

Dr. Raßig unterließ daher den Antrag Morath, der darin ging, die Gebühren für die Postverkehrs- und die Kontoaussage, die man mit Recht als „Verärgere-

gehören“ bezeichnen könne, zu freieren. Bei der Abstimmung blieb die Gebühr für die Postverkehrs- und die Kontoaussage, die Gebühr für die Kontoaussage wurde aber abgelehnt. Die Kontoaussage im Postverkehr sind also nach wie vor gebührenfrei.

Die Telegraphengebühren wurden wieder auf 15 J für das Wort heraufgesetzt. Diese Gebühr bestand bis vor zwei Jahren, sie wurde dann auf 10 J ermäßigt und ist wieder auf das ursprüngliche Maß erhöht worden. Ob diese ziellose Gebührenerhöhung der Postverwaltung wirklich die gewünschten Maßnahmen bringen wird, muß stark bezweifelt werden.

Es wurde dann noch die beantragte Erhöhung der Postgebühren angenommen und danach fand die Schlussabstimmung statt. Bei der Schlussabstimmung wurde die gesamte Vorlage mit allen gegen sieben Stimmen angenommen. Gegen die Vorlage stimmten der demokratische Abg. Dr. Raßig, sowie die Abgeordneten Steinopf, Bender, Drogler und Molath sowie von den Vertretern der Postbeamten der Telegraphenarbeiter Post. Als Vertreter der Preussischen Staatsregierung stimmte Ministerialdirektor Badt gegen die Vorlage. Die Vertreter der Wirtschaft nahmen die Vorlage im Gegensatz zu der eindeutigen Stellungnahme der Wirtschaft an.

Staatssekretär Sautter teilte dann noch mit, daß durch die neuen Beschlüsse die Schaffung einer 8 Pfennigmarke notwendig geworden sei. Der Arbeitsausschuss schlägt vor, diese Marke mit dem für die 20 Pfennigmarke schon vorhandenen Bildnis Beethoven zu versehen. Der demokratische Abgeordnete, Brauh machte dagegen geltend, daß nurmehr das 10 Pfennigmarke Bildnis nicht mehr vorhanden sei und daß daher die 10 Pfennigmarke vorzuschlagen sei. Das Bildnis von Beethoven wurde jedoch mit überzogener Mehrheit abgelehnt, ferner wurde mitgeteilt, daß zur Feier des 80. Geburtstages des Reichspräsidenten von Hindenburg Postwertmarken mit seinem Bildnis ausgegeben werden sollen. Es ist in Aussicht genommen, eine dieser Hindenburgmarken später auch für den regelmäßigen Briefverkehr zu verwenden. Zugleich soll aber auch eine Marke mit dem Bildnis des Reichspräsidenten Ebert eingeführt werden. Auch diese Vorschläge des Arbeitsausschusses fanden die Zustimmung der großen Mehrheit des Verwaltungsrates.

Demotanten gegen Postoberhöhung.

Raßigs Ausführungen im Verwaltungsrat.

In der Sitzung des Verwaltungsrates der Reichsbahn unterzog der demokratische Reichstagsabgeordnete Dr. h. c. Raßig die Vorlage auf Erhöhung der Postgebühren erneut einer eingehenden Kritik. Der Abgeordnete Morath von der Deutschen Volkspartei hatte erklärt, er sei im Gegensatz zur Auffassung des Ministers der Ansicht, daß der Minister nicht nötig gehabt habe, die Vorlage

Reichsfinanzen und Zollabgaben

Die sich von Monat zu Monat steigende Posten deutschen Handelsbilanz läßt mit immer stärkerer Evidenz erkennen, wie schwer wir uns mit der Zollpolitik der Reichsregierung des Jahres 1925 eingeleitet auf einem Fehlweg befinden. Trotz aller hochherrschaftlichen Maßnahmen gelingt es nicht, eine so weitgehende Stärkung der deutschen industriellen Produktionskraft herbeizuführen, die dies in der Lage versetzen könnten einer erfolgreichen Zurückdrängung der Konkurrenz dieser Fertigungsbranche auf dem Weltmarkt ausständig steigende Exporteinstromen den Weltmarkt zu gewinnen. Fortwährend steigt innerhalb der Gesamtgruppe der Exportgruppen der ausländischen Fertigungsindustrie der Handelsbilanz läßt seit Monat März sich ständig steigenden Kurse nach oben; sie betrug im 1927/28, im April 1927/28, im Mai 1927/28 und im Juni 1927/28 440 Millionen. Die Einfuhr an Fertigfabrikaten der gleichen Zeit von 171 auf 209 Millionen, und die Differenz von 209 Millionen findet ihre besondere Bedeutung darin, daß man sich vergegenwärtigen muß, daß im Juli die Einfuhr in dieser Position nur weniger als die nämlich 102 Millionen, betrug, und weiterhin ist dann auch die Einfuhr der Rohstoffe im Juli 1927/28 1927 mit 559 Millionen nur der fast gleichen Ausfuhr von Juni 1926 mit 551 Millionen gegenübersteht. Es wird durch die Entwidlung der deutschen Handelsbilanz deutlich erweisen, daß sich die Hoffnungen einer Umflut hingeben, wenn sie glauben, mit Zollmaßnahmen den Anlansmarkt kräftigen und damit die Voraus-

... eine erfolgreiche und extragracie Sportbetätigung der
... Wirtschaft schaffen zu können. Tatsächlich liegen die
... praxis ist, daß die außerordentlich überlegenen Ge-
... staltungsfähigen der deutschen Produktion infolge der aus-
... lässigen Ansprüche von Reich, Ländern und Gemeinden gegen-
... der Wirtschaft Hand in Hand mit einer in ihren Maß-
... produktionen-wirtschaftlich nicht günstig wirkenden
... sozialpolitisch die deutsche Wirtschaft in eine Position sich fort-
... wendend einschränkender und verengender Konformitätsfähig-
... hineingeführt haben, eine Situation, der kein Volkstum,
... mehr, nur eine Minderung der öffentlichen Ansprüche an die
... Wirtschaft zu begegnen vermag.

Der gegenwärtige Reichsfinanzminister hat den ursprüng-
... ch von dem demokratischen Minister Dr. Reinhold auf das
... samste zusammengestellten Etat um annähernd 500 Mil-
... lionen erweitert und hat innerhalb des ordentlichen Haushalts
... in 1927 im Reich einseitig die Steuererhöbungen an die
... Länder und Gemeinden mit einem Gesamtbetrag von 8,3 Mil-
... lionen anerkannt. Einparungsmöglichkeiten innerhalb der
... auch diese Summe getrennter Ausgaben hat der Reichs-
... finanzminister bestritten und dahingehende demokratische An-
... sätze bei den Haushaltsberatungen im Frühjahr des Jahres
... auch die ihm geforderte Parlamentsmehrheit ablehnen lassen.
... für das kommende Etatsjahr seien eine Reihe mangelsfähig-
... er Mehrausgaben bevor, die allein in ihrer Wirkung auf den
... Reichshaushalt auf etwa 800 Millionen anzusetzen sind, de-
... um 500 Millionen Mehraufwendungen für Reparationen aus, dem
... sowohl im kommenden Etatsjahr zu betreiben sein werden
... für das gesamte Etatsjahr die benötigte Bewilligungs-
... form eine Ausgabenüberschuss von 300 Millionen nach sich
... führen dürfte. Trotzdem setzt sich der Minister auch aus finan-
... zialpolitischen Gründen für eine auch aus datschun begrün-
... det erscheinende Ermäßigung der Zolltarife ein, der von
... dem Reichsfinanzminister Dr. Curtius verbundene Richt-
... linie: „Abbaubeginn bei den Zolltarifzöllen“ ein.

Angenommen, die im Reichsfinanzministerium eingeleiteten
... Verhandlungen führen zu einem gewissen Abbau maßgeblicher
... Zollpositionen, und angenommen, die Tarifermäßigungen wir-
... ken sich auf das Jahresergebnis in einer Zolltarifmindernde
... von 3. 200 bis 300 Millionen Mark aus, so muß doch er-
... kants der Reichsfinanzminister entweder Ausgaben einsparun-
... gen vornehmen oder Einnahmestärkungen auf anderen Ge-
... bieten in die Wege leiten.

Es besteht die ernste Befürchtung, daß der gegenwärtige
... Reichsfinanzminister den Weg zu gehen beabsichtigt, den bei
... der Steuerentlastung der Stabilisierungspolitik der dama-
... ligen Finanzminister Dr. Luther gegangen ist. Es ist zu
... fürchten, daß Dr. Köpfer 3. B. auf dem Gebiet der Sozial-
... versicherung sich mit der bestehenden Reichsversicherungs-
... schenkung ausschließlich auf eine Reichsvereinfachung beschrän-
... ken wird, den Ländern und Gemeinden aber das Maß der
... Ausbeute der reichsrechtlich formal einseitig umgrenzten
... Steuerquellen völlig überläßt. Es besteht weiterhin die
... Befürchtung, daß er dazu übergehen wird, Hand in Hand
... damit eine beschränkte Durchführung des selbständigen und
... ungeschützten Aufwandsrechts der Länder und Gemeinden
... der Einkommensteuer in die Wege zu leiten, um dann unter
... Umwelts auf diese beiden wesentlichen Einnahmefaktoren der
... Landes- und Gemeindefinanzwirtschaft den in erster Linie von
... Särgern verfolgten partikularistischen Tendenzen zu entsprechen,
... wonach heute dem Reich zugehende Aufgabengebiete in die
... Kompetenz der Länder zurückgleiten sollen. Er zwingt dann
... gleichzeitig auf der anderen Seite Länder und Gemeinden er-
... neuert in die Zeit 1924 so bedrohlich nach oben verlaufende Kurve
... eines furchtbaren Steigerungs der direkten Regional- und
... Realsteuern.

Mit solchen Maßnahmen ist der deutschen Wirtschaft nicht
... zuzuhilfen, da die Einzelgestaltung von Zolltarifpositionen und
... vorgehens dann ganz unmaßstäblich bleibt, wenn irgendeine
... Kräftigung der Wirtschaft durch die Steigerung der Ge-
... samterwirtschaftlichkeit verhindert wird.

Es muß daher von dem Reichsfinanzminister gefordert
... werden, daß er, wenn er Einkommensentlastungsmaßnahmen hin-
... sichtlich bestimmter umgrenzter Einnahmestellen abgibt,
... gleichzeitige einseitig und sich darüber äußert, auf
... welchen Wegen er neben der Minderung der Einnahmen eine
... ausgleichende Minderung der Gesamtausgaben glaubt her-
... beführen zu können. Nur mit einer solchen Senkungspolitik
... der gesamten Wirtschaft und dem gesamten Volke gebiert.

Parteinachrichten

Organisationsstagung der Demokratischen Partei.

Mitte September in Bad Eilsen.
Der Organisationsauschuß der Deutschen Demokrati-
... schen Partei hat beschlossen, eine Organisationsstagung der
... Partei auf den 17. und 18. September einzuberufen. Die
... Tagung wird voraussichtlich in Bad Eilsen bei Bieleburg
... stattfinden. Zur Teilnahme sind geladen die Vorstands-
... mitglieder, die Wahlkreisvorsitzenden, die Abgeordneten
... und die Generalsekretäre der Partei sowie der Vorstand
... der demokratischen Hauptvereine. Auf der Tagung
... steht ein einleitendes Referat des Vorsitzenden des
... Parteivorstandes, Abgeordneten Erkelens, über „An-
... stände Organisationsarbeit im Jahre der Wahlvorberei-
... tung“, sowie ein Referat des Hauptgeschäftsführers der
... Partei, Stephan, über „Praktische Vorschläge für die Re-
... organisation der Partei“. Die Tagung wird abschließen
... einer Formulierung des Reorganisationsprogramms,
... als von einem unter Leitung von Dr. Richard Otto Fran-
... kenher bearbeitet worden ist. An die Organisationsstagung
... wird sich am 19. und 20. September eine Parteifreizeit-
... tagung anschließen, in der der Hauptgeschäftsführer des
... Demokratischen Zeitungsdienstes, B. Rammer, über
... praktische Wirkung der demokratischen Politik auf die
... „Situation“ sprechen wird, während Hauptgeschäftsführer
... Stephan das Referat über „Die Ausnutzung der tech-
... nischen Mittel im Wahlkampf“ übernehmen wird. Die
... Konferenz wird vom Abgeordneten Erkelens geleitet, der

dort das Ergebnis der Organisationsstagung noch einmal
... zusammenfassen wird.

Zweck der beiden Tagungen ist, die demokratische Par-
... teiorganisation vor Beginn des eigentlichen Wahl-
... kampfes so leistungsfähig wie nur möglich zu machen und
... mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß die Organisations-
... mündigkeit, die ein unumkehrbares Erbe der bürger-
... lichen Mittelparteien ist, endlich überwunden wird.

Ehrung Paul Listowsky.

Der Verein östpreussischer Zeitungsverleger hat dem
... früheren Chefredakteur und Direktor der Königsberger
... Hartungschen Zeitung Paul Listowsky die Ehrenmitglieds-
... schaft verliehen.

Mittelschullehrer Franke f.

Der langjährige Vorsitzende der Deutschen Demokrati-
... schen Partei in Brandenburg a. S., Herr Mittelschul-
... lehrer Franke, ist am Sonntag am Herzschwäche gestorben.
... Franke war ein redigierender, überzeugungstreuer, eis-
... rigter Demokrat. Er hat auch in der Beamtenbewegung der
... Provinz Brandenburg eine führende Rolle gespielt.
... Die Partei wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Jacob Scherel f.

Schmerzliche Kunde ist eingetroffen. In dem kleinen
... finnischen Küstenort Songi, den sich Jacob Scherel für sei-
... nen Sommerurlaub ausgesucht hatte, und wo er seit drei
... Wochen weilte, ist der hochachtete und beliebte demo-
... cratische Journalist plötzlich am Folgen einer Blinddar-
... moperation gestorben. Am Sonnabend trafen noch frische
... Grüße von ihm ein, aber bereits am Montag wies ein
... Telegramm die Erkrankung mit und am Dienstag über-
... stürzten sich die Scherel-Nachrichten. Jacob Scherel rief
... im Kampf mit dem Tode, den er fern von der Heimat
... auszukämpfen hatte, nach seiner Frau, die denn auch am
... Dienstagmittag mit dem Flugzeug, begleitet von ihrem
... 17-jährigen Sohn und einem guten Freund Scherels,
... die Reise nach Finnland antrat. Die Gattin hat ihren
... Lebensgefährten nicht mehr sprechen können. In der
... Nacht zum Mittwoch hat er die Augen für immer geschlos-
... sen. Damit hat das Leben eines Journalisten geendet,
... der stets im Dienste der demokratischen Sache gestanden
... hat. Scherel, der ein Alter von 57 Jahren erreicht hat,
... und mit seiner Frau drei Kinder hinterläßt, begann seine
... journalistische Laufbahn als Parlamentarischer Korrespondent,
... war dann politischer Redakteur an der „Breslauer Zeit-
... ung“ und an der „Königsberger Hartungschen Zeitung“
... und übernahm im Jahre 1910 die politische Redaktion der
... „Freiwilligen Zeitung“ bis zum Jahre 1918. Kurz nach
... dem Umsturz wurde er in die Pressestelle des Preussischen
... Staatsministeriums berufen, wo er zuletzt als Oberregie-
... rungsrat wirkte und dabei immer von neuem das Ver-
... trauen besaß, das ihm in gleicher Weise vom Staats-
... ministerium wie von seinen Vorgesetzten entgegenge-
... bracht wurde. So vertraut Jacob Scherel auch mit allen
... politischen Fragen war, hat er sich doch nie leicht an
... Theater nehmen lassen und bis zuletzt schrieb er für an-
... geregelte Zeitungen im Lande über die Berliner Theater-
... ereignisse. Auch eine Anzahl Bühnenarbeiten und Er-
... zählungen hinterläßt uns der Verstorbene. Der Einwirk-
... ung des demokratischen Pressewesens hat Jacob Scherel
... immer sein Interesse und seine Arbeitskraft zur Verfü-
... gung gestellt, zuletzt als Vorstandsmitglied im Demo-
... cratischen Presseverein. An seiner Witwe trauern alle,
... die ihn kannten. Als Mensch haben wir ein Wesen voll
... Güte verloren, die demokratische Journalistik beklagt den
... Verlust einer ungewöhnlichen Kraft.

Der Verlag „Mitteln“, der die „Völkische Zeitung“, die
... „B. J. am Mittag“, die „Berliner Morgenpost“, die „Ber-
... liner Illustrierte Zeitung“ und andere periodische Druck-
... schriften herausgibt, begibt am 21. Juli in einer geschlos-
... senen Hausfeier das Jubiläum seines 50-jährigen Besten-
... dens. Dem Verlage, der zu den angesehensten Deutsch-
... lands gehört, sind von den Landesorganisationen und
... Behörden ehrende Glückwunschschreiben zugegangen.

Bezirk Magdeburg.

Veranstaltungen

Deutscher Demokratischer Partei, Ortsgruppe Magdeburg.

Geschäftsführender Ausschuß: Während der Ferien
... fallen die Sitzungen aus.

Stammtisch: Dienstag, den 2. August, abends 8 Uhr,
... Hotel „Weißer Bär“, Weinstraße 6. Der Stammtisch
... tagt auch während der Ferien. Starke Beteiligung er-
... wünscht.

Vergnügungsausschuß: Dienstag, den 2. August,
... abends 7,30 Uhr: Sitzung in den Alstädter-Bürgerkäfen.

Donnerstag, den 11. August, nachmittags 5,30 Uhr, im
... Hohenzollernpark: Verfassungsfeier verbunden mit Som-
... merfest.

Müsst zum 11. August.

Wie bereits bekanntgegeben, veranstaltet die Deutsche
... Demokratische Partei, Ortsgruppe Magdeburg, am Don-
... nerstag, dem 11. August, nachm. 5,30 Uhr im „Hohenzol-
... lernpark“ eine Verfassungsfeier verbunden mit Som-
... merfest. Zu dieser Feier sind alle Republikaner freund-
... licher eingeladen. Die Festrede hat der bekannte Ober-
... bürgermeister Dr. Luppe-Münchberg übernommen.
... Programme zum Preise von 75 Pfg. einschl. Tanz und
... Steuer sind in der Parteigeschäftsstelle, Be. Weg 139/140,

sonne bei allen Vorstandsmitgliedern erhältlich. Telefo-
... nische Bestellung unter 8095.

Wir wünschen die Mitglieder der Demokratischen
... Partei nochmals auf die Tombola und bitten freundlichst
... um Besondere dafür.

Rennen zu Magdeburg.

Die Rennen in Magdeburg am Sonnabend, den 30.
... und Sonntag, den 31. Juli haben einen recht verspre-
... chenden Nennungscharakter gehabt. Ingesamt sind für die
... beiden Tage 368 Untergrößen abgegeben, von denen nach
... Annahme der Gewichte für die Ausgleichsrennen noch die
... staatliche Zahl von 272 Gesamtrennen stehen geblieben
... sind. Es stehen daher unter harter Beteiligung wieder
... interessante Rennen mit vollbesetzten Feldern in Aussicht.
... Das Programm wechselt an beiden Tagen zwischen Flach-
... und Hindernissen. Am ersten Tage hat das Graf-
... hold-Jagdrennen, einem Ausgleich II über 3650 m die
... Führung, dem sich ein Jagdrennen und ein Hindernissen
... für Dreijährige angliedern. In den folgenden Flach-
... rennen kommen auch neben den 3 j. u. alt. Werden die
... Zweijährigen zur Geltung. Am Sonntag steht im Ge-
... samt zum ersten Tage im Preis von Altkleid ein Steher-
... rennen auf der Flachbahn mit 2100 m an der Spitze. Die
... übrige Verteilung der Rennen bewegt sich in dem gleichen
... Rahmen, so daß der Besuch beider Tage der Sportgemeinde
... viel Abwechslung bringen wird.

Hiern. (Ein Herz und eine Seele.) Die Deutschna-
... tionale Volkspartei, der Landbund und der Stahlhelm ha-
... ben eine gemeinsame Versammlung abgehalten, in der
... Baron von Linsensleben für die Deutschnationale
... Volkspartei warb. Hier wieder ein Beweis, daß der
... Stahlhelm ein Anhängel der Deutschnationalen ist. Der
... deutschnationale Baron ist der Meinung, daß eine Einigung
... der Parteien auf nationaler Basis aus außen-
... politisch vorwärts bringen könnte. Verzeihung, Herr Ba-
... ron, wollen Sie uns sagen, welche Erfolge die Restre-
... gierung in der Außenpolitik aufzuweisen hat? Keine!
... Die deutschnationale Regierung hat im Ausland keine
... gute Note.

Bezirk Halle.

Jünf Jahre republikanischer Studententarbeit.

Halle. In diesen Tagen sind fünf Jahre verfloßen, seit
... in Jena unter dem Eindruck des Marbes an Walther
... Rathenau das Kartell republikanischer Studenten Deutsch-
... lands und Österreichs gegründet wurde. Es waren da-
... mals ganz wenige, die den Mut aufbrachten, den Kampf
... gegen die Reaktion und den Hochfinanzismus, als deren
... Bollwerke damals gerade unsere Hochschulen galten, be-
... reit aufzunehmen. Eine unnumme staatsbürgerlicher
... Erziehungsarbeit, die zwar jenseit der breiten Öffent-
... lichkeit nicht bekannt wurde, deren geistiger Ertrag jedoch
... nicht hoch genug bewertet werden kann, ist seitdem an
... Deutschlands hohen Schulen geleistet worden. Wenn
... heute die parteivöllige Orientierung der deutschen Stu-
... dentenschaft und damit der fanatische Faschismus, der
... den Kampf gegen Andersdenkende mit brutalen Gewalt-
... mitteln führte, zurückgedrängt ist, so gebührt dies Ver-
... dienst vor allem der besonnenen und zielbewußten Arbeit
... der republikanischen Studenten, deren Kartell heute in
... mehr als 70 Ortsgruppen viele Tausende deutscher und
... österreichischer Studenten umfaßt.

Aus diesem Anlaß fand am Sonnabend, den 23. Juli,
... eine feierliche und sehr würdige Feier der Jenerer republi-
... kanischen Studenten statt, an der auch Abordnungen der
... benachbarten mitteldeutschen republikanischen Studenten-
... bünde aus Halle und Leipzig teilnahmen. Im Mittelpunkt
... des Abends stand die von Reaktionen und Musikvor-
... trägen umrahmte Gedächtnisrede des Kartellleiters Reg-
... Keiser, Walter K o l b, der mit einer Rückschau über die ge-
... leistete Arbeit eine Betrachtung der gegenwärtigen Si-
... tuation in der deutschen Studentenschaft verband und
... daraus die notwendigen Schritte auf die weitere staats-
... bürgerliche Erziehungsarbeit an der akademischen Jugend
... zog. Das starke Gelächris zu der Idee des sozialen Volks-
... staates und zum Schutz seiner Symbole, das in der engen
... Verbundenheit zwischen republikanischen Studenten und
... freiheltem Volk sich auswirken soll, war der Widerhall
... jener von starkem politischen Tatwillen getragenen
... Kundgebung.

Zum Reichsschulgesehtwurf.

Von Richard Reihholz, Lehrer,
... Bad Schmiedeberg (Bez. Halle).

Ein Versuch, die geistliche Grundlage der deutschen
... Volksschule einheitlich für das gesamte Reichsgebiet zu
... regeln, wird gegenwärtig vom Reichsministerium unternom-
... men. Das ist der dritte Versuch, seitdem die neue Reichs-
... verfassung in Kraft getreten ist. Zahlreiche Versuche sind
... schon früher im kaiserlichen Deutschland und im könig-
... lichen Preußen gescheitert, und nach Lage der Dinge ist
... anzunehmen und zu hoffen, daß auch dieser neueste Ver-
... such ein Veruch bleiben wird. Denn der neue Gesetzent-
... wurf regelt zwar die geistliche Grundlage für das gesamte
... Reichsgebiet, bringt aber keine einheitliche deutsche Volks-
... schule, sondern gerade das Gegenteil. Er verzögert alle
... Anträge zu einer nationalen Einheitschule und liefert die
... deutsche Volksschule, die doch in jahrhundertelanger Ent-
... wicklung eine öffentliche Veranstaltung des Staates ge-
... worden ist, der Religions- und Weltanschauungsgemein-
... schaften aus.

Der nicht Sachmann ist, wird beim Durchlesen der
... 20 Paragraphen des neuen Reichsschulgesetzentwurfs keine
... zehrende Wirkung für die deutsche Schule nicht über-
... blicken können. Die einzige Gefahr, die vorläufig besteht,
... ist: daß durch Unkenntnis oder Gleichgültigkeit der Eltern
... dieser Gesetzentwurf angenommen werden könnte. Der
... Gefahr zu begegnen, sollen diese Ausführungen beitragen.
... Nach Artikel 146 Abs. 1 der Reichsverfassung soll
... eine einheitliche Gemeinschafts- (Simultane) Schule die

Regelschule für das ganze deutsche Volk sein. Erst in Abs. 2 dieses Artikels ist nach langwierigen Verhandlungen das ungeliebte Kompromiß geschlossen worden, das denjenigen Eigenbrütlern, die absolut die Einheitschule nicht wollen, eine besondere Schular gesteht. Der neueste Reichschulgesetzentwurf läßt nun den 1. Absatz des Artikels 146 einfach außer Betracht und macht die im 2. Absatz gewährten Sonderschulen zur Regel. Als Jongleurkunststück ist das eine ganz anerkannterwerte Leistung; aber als ein Versuch, die Entwicklung der deutschen Volksschule für Jahrzehnte im Geiste laienhafter Abgeschlossenheit oder konservativer Rückwärtsbewegung festzusetzen, muß dieser Gesetzentwurf zurückgewiesen werden. Er muß durch den Widerstand und die Entrüstung aller wirklich vaterländisch Gesinnten zum Scheitern gebracht werden, genau so, wie jeder Versuch eines Kontordats durch den gesunden protestantischen Geist. Bei unserer politischen und religiösen Zersplittertheit — es gibt in Deutschland über 500 Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften — dürfte uns ein bloßer Einheitschulgesetzentwurf in Schulwesen notwendiger sein als die Förderung des Auseinanderstrebens durch ein besonderes Schulgesetz. Wir brauchen keine Kirchengesetze, wir brauchen keine weltlichen Schulen, wir brauchen keine Sonderschulen, in denen die Gegenätze von Jugend auf eingepflanzt werden, sondern

wir brauchen eine einheitliche Staatschule.

in der nach pädagogischen Grundfragen auf religiös-sittlicher Grundlage die Jugend zu brauchbaren Gliedern der menschlichen Gesellschaft erziehen wird. Im Religions- oder Weltanschauungsunterricht der Einheitschule ist reichlich Gelegenheit gegeben, den verschiedenen Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften gerecht zu werden. Den Eltern steht es dann frei, ihre Kinder am Religions- oder Weltanschauungsunterricht teilnehmen zu lassen oder nicht.

In der Begründung des neuen Gesetzentwurfs heißt es, daß „der leitende Gedanke die Berücksichtigung des Willens der Erziehungsberechtigten“ sei. An der allgemeinen vaterländischen Idee muß die Freiheit der Eltern eine Grenze finden, sonst wird die Freiheit zur Willkür. Und das geht so der neue Gesetzentwurf auch etwas verschämt selber ein. Wenn nämlich Vater und Mutter nicht einig werden, in welche Schule sie ihre Kinder schicken sollen — und das soll schon öfter vorgekommen sein — dann hört mit einem Male die gepriesene „Berücksichtigung des Willens der Erziehungsberechtigten“ auf, dann entscheidet nach § 7 des Entwurfs das Vormundschaftsgericht.

Überhaupt nicht abzusehen wären die finanziellen Wirrungen. Wenn drei verschiedene Schularten (Gemeinschafts-, Bekenntnis- und weltliche Schule) gleichberechtigt nebeneinander stehen sollen, wie es der Entwurf vorsieht, dann werden unweigerlich die Anhänger der verschiedenen Schularten für ihre Kinder auch ihre Schule fordern. Also: getrennte Schulen, getrennte Beihilfen, getrennte Spielplätze, getrennte Sportstätten, getrennte Kassenverwaltungen usw. Was helfen beschränkte Bestimmungen, wenn „der leitende Gedanke die Berücksichtigung des Willens der Erziehungsberechtigten“ ist? Oder gibt es in Deutschland auch Gemeinden, in denen alle Gemeindeglieder einmütig beschließen?

Diese Schlußproben dürfen genügen, um das Interesse der Elternschaft an dem gegenwärtigen Versuch eines Schulgesetzes geweckt zu haben. Die Deutschnationalen Volkspartei und das Zentrum haben sich für den Entwurf festgelegt, die Deutsche Volkspartei hat sich Bewegungsfreiheit gesichert.

Daß die gegenwärtigen Oppositionsparteien dieses Schulvertrümmelungsgesetz ablehnen, ist eine Selbstverständlichkeit. Solange das durch sein Schulgesetz vom Jahre 1920 seine einheitliche öffentliche Schule verhängen. Dort haben alle kirchlichen Gruppen und Seiten ihre Sonderschulen erhalten, weil die Sozialdemokratie um kleiner Vorteile willen die Größe der Gefahr nicht sehen wollte. Heute ist dem holländischen Volk längst die Binde von den Augen genommen. Nur ein unveränderlicher Zeuge: „Der Standard“, das Hauptblatt der strengkirchlichen Anti-Revolutionären Partei, schrieb schon 1924: „In den letzten Jahren sind Schulen errichtet worden, die nicht zu kommen brauchen. Es haben sich Zersplitterungsneigungen gezeigt, die wir nicht allein als schädlich für den Unterricht erachten, sondern die wir auch bedauern im Hinblick auf den Volkseifer. Wir wünschen nicht, daß unsere Nation in Atome auseinanderfällt.“ Wir wollen es auch nicht. Das holländische Beispiel sei allen Eltern Warnung, die nationale Förderung „Ein Volk, eine Schule“ zu Grabe tragen zu lassen!

Wer hat bezahlt?

Halle. Auf der am 22. Mai in Halle abgehaltenen Vertretertagung des Wahlkreisverbandes wurde u. a. auch nachstehender Beschluß angenommen:

An den Wahlkreisverband führt jede Ortsgruppe einseitlich der vom Wahlkreisverband an die Hauptleitung zu zahlenden Kopffsteuer für jedes eingetragene Mitglied vierteljährlich 50 Pfg. Ab die erste Vierteljahresrate ist sofort für das laufende Quartal fällig.

Ihren Verpflichtungen nachgekommen sind bisher Naumburg, Bitterfeld, Weißenfels, Jörbig, Herzberg, Hettstedt und Ammendorf.

Die sämigen Gruppen werden hiermit sehr dringend an die Erfüllung der fälligen Beträge erinnert. Sie sind an das Rathaus 2, Schulhof, Halle (Saale), Poststraße, Postfachkonto Leipzig Nr. 9923 einzuschicken.

Halle. Die Vorstände der Kreisvereine unseres Wahlkreisverbandes erhalten durch die Post ein vertrauliches Rundschreiben, in dem sie Richtlinien für die Vorbereitung und Durchführung einer Feier des Geburtstages des Herrn Reichspräsidenten finden.

Halle. Unsere Verfassungsfeier findet am Sonnabend, den 13. August, nachmittags 4 Uhr im Neumarkt-Schützenhaus statt. Eintrittskarten zum Preise von 60 Pfg. (Kinder sind frei) im Vorverkauf in der Steinortbuchhandlung.

Verehrter Freund!

Haben Sie schon eine Eintrittskarte für die **Verfassungsfeier** der Deutschen Demokratischen Partei am Sonnabend, den 13. August 4 Uhr im Neumarkt Schützenhaus?

Landtagsabgeordneter

Dr. Bohner

hält die Festrede.

lung von U. Simonsohn, Gr. Strauchstr. 54/55, und in der Parteigeschäftsstelle, Gr. Brauhausstr. 30.

Wir bitten recht dringend darum, die Erwerbung der Eintrittskarten nicht bis zur letzten Woche aufzuschieben. Für die Verlesung erbitten wir Geschenke und Spenden, die auf Wunsch abgeliefert werden.

D. D. P. Ortsgruppe Weißenfels. Montag, den 1. August, abends 8 Uhr Monatsversammlung im „Sächsischen Hof“. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Der Vorstand.

Vorsicht Landwirte!

Während der Erntearbeiten erhöhte Unfallgefahr.

Kaum haben die Erntearbeiter begonnen und schon liegt man in den Zeitungen von schweren landwirtschaftlichen Betriebsunfällen. Aus Dornis bei Könnern wird über den grauenhaften Tod eines Landarbeiters berichtet. Er war mit dem Mähen von Getreide beschäftigt. Vor seiner Maschine gingen junge, sehr unruhige Pferde. Als er abgefahren war, um die Maschine nachzusehen, zogen die Pferde plötzlich an. Der Arbeiter wurde von den Wehnen erfaßt und buchstäblich zerschnitten. Innerhalb 10 Minuten war der Tod durch Verbluten eingetreten. Der tödliche Unfall wäre nicht eingetreten, wenn mit der notwendigen Vorsicht verfahren worden wäre. Besonders gefährlich sind immer die bespannten Mähmaschinen. Es ist streng verboten, sich vor die Wehnen zu stellen. Die Beschäftigung von Störungen, das Schmeitern der Maschinen und alle sonstigen etwa erforderlichen Verzierungen sind nur von der Seite aus vorzunehmen. Das Getriebe der Mähmaschine ist bei solchen Verzierungen sowie auch beim Ans und Abspannen der Zugtiere und während der Arbeitsspaule stets auszurücken. Das Einrücken darf erst dann geschehen, wenn der Lenker auf dem Sitz seinen Platz eingenommen und die Fügel in die Hand genommen hat, um mit dem Mähen zu beginnen.

Der größte Teil der Unfälle würde sich vermeiden lassen, wenn die Unfallverhütungsvorschriften der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft endlich beachtet würden. Jeder Betriebsinhaber ist im Besitz der Unfallverhütungsvorschriften. Er ist im Interesse seiner Arbeitnehmer verpflichtet, diese nicht nur selbst zu beachten, sondern sie seinen Arbeitern immer und immer wieder bekanntzugeben.

Vor Beginn der Erntearbeiten muß geprüft werden, ob sich die Maschinen und Geräte in einem gebrauchsfähigen Zustande befinden und ob die vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen vorhanden sind. Die zum Betrieb gehörigen Scheunen, Kornböden und alle sonstigen baulichen Anlagen und Einrichtungen sind nachzuprüfen, ob sie sich im betriebssicheren Zustande befinden. Daburh, daß Tore, Leitern, Treppen, Treppennöffnungen, Lufen, Bodenbelag usw. sich nicht in den nach den Unfallverhütungsvorschriften vorgeschriebenen Zustande befinden, ereignen sich viele schwere, sogar tödliche Unfälle.

Auch in der Handhabung der Sensen, Heugabeln usw. ist besondere Vorsicht am Platze. Beim Tragen von Sensen von und nach der Arbeitstätte muß die Klinge der ganzen Länge nach mit einer die Schwade vollständig bedeckenden und über die Spitze hinausragenden Verkleidung versehen oder durch Umwickeln geschützt werden. Schwende und schneidende Geräte wie Sensen, Gabeln aller Art, Beile, Hacken usw. sind bei der Beförderung auf Wagen und bei Nichtbenutzung an der Gebrauchsstelle so festzubinden oder zu verpacken, daß Verletzungen verhindert werden.

Besonders schwere Unfälle ereignen sich auch beim Aufladen von Getreide durch Herunterfallen der auf dem Wagen befindlichen Personen infolge plötzlichen Anstehens der Pferde. Ein Vorwärtsschlag der Wagen darf nicht erfolgen, ohne daß den auf dem Wagen befindlichen Personen rechtzeitig ein Zeichen gegeben wird.

Das Eisenbleiben auf dem hochbelasteten Wagen auf der Heimfahrt ist mit größten Gefahren verbunden. Bei Ueberfahren von Hindernissen oder Vertiefungen werden viele Arbeiter von dem Wagen heruntergeschleudert und oft tödlich verletzt. Vor jedem unnötigen Aufenthalt auf dem hochbelasteten Erntewagen während der Fahrt muß deshalb dringend gewarnt werden. Streng verboten ist es, sich während der Fahrt auf die Deichsel, den Langbaum, die Waage, die Schere oder den Karrenbaum zu

setzen oder zu stellen. Das Aufs- und Absteigen vom Pferd während der Fahrt ist gleichfalls verboten. An einem Postfalle darf das fahrende Fuhrwerk von hinteren Teil, also hinter den Ködern, verlassen werden. Kinder sind zu gefährlichen Arbeiten überhaupt zu vermeiden.

Jeder Unfall muß innerhalb 3 Tagen bei der ständigen Section der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft (Landratsamt) gemeldet werden, damit für die nötige ärztliche Behandlung und nähere Feststellung der Ursache Sorge getragen werden kann. In jedem Falle ist das Halten von kleinreinen Verbandswunden empfohlen. Die in den Gemeinden tätigen Gemeindefürsorge- und Mitglieder der Sanitätskolonnen sind fern ein Arzt nicht sofort zur Verfügung steht, zu berücksichtigen, damit den Verletzten schnellstens nach dem Fall die erste Hilfe zuteil werden kann.

Es würde im Rahmen dieser Ausführungen zu führen, wenn alle Einzelheiten, wodurch Unfälle werden werden können, ausgeführt würden. Jeder in Landwirtschaft tätige Arbeiter kann sich selbst vor schweren körperlichen Schäden oder tödlichen Verletzungen, wenn er die in den Unfallverhütungsvorschriften ausgesprochenen Verbote in seinem persönlichen Interesse und im Interesse seiner Familie auf das Gewissen beachtet und bei der Arbeit die größte Vorsicht anwendet, das, so wird die Zahl der Unfälle mit der geringer werden.

Soziales

Die Bevölkerung in den einzelnen Wirtschaftszweigen.

Mehr als 10 Prozent in der Metallindustrie.

Die neuesten Veröffentlichungen über die Ergebnisse der Volks-, Berufs- und Betriebszählung beziehen sich auf die Verteilung der Bevölkerung auf die einzelnen Wirtschaftszweige. Dabei zeigt sich die überragende Bedeutung der Metallindustrie. Fast 11 Prozent der gesamten deutschen Bevölkerung oder mehr als ein Viertel der deutschen Industriebevölkerung gehören den verschiedenen Zweigen der Metallindustrie an, von denen der Maschinenbau, Großmaschinenbau und die Herstellung von Eisen-Schmelzwaren neben der elektrotechnischen Industrie die wichtigsten zu nennen sind. Zum Baugewerbe gehören Prozent der Gesamtbevölkerung und es folgt das Bergbauergewerbe mit 3,9 Prozent.

Zu der eigentlichen Landwirtschaft gehören 13 1/2 Millionen Personen oder 21,9 Prozent der gesamten Reichsbevölkerung. Der Wirtschaftszweig der Landwirtschaft ist deshalb im Rahmen der gesamten Wirtschaft weitens größte in sich geschlossene Wirtschaftszweig. Handel und Gewerbe zählen über 10 Millionen Personen. Als wichtigster Zweig des Handwerkszweiges ist die Warenhandlung zu nennen, zu dem allein 6 v. H. der Reichsbevölkerung gehören. Der zweitwichtigste Zweig, Bank- und Börsenwesen, umfaßt rund 400 000 Personen. Innerhalb des Betriebswesens stehen nach der Verteilungszahlungen des Reiches an der Spitze auf sie entfallen zusammen 5,1 Prozent der Bevölkerung. In der Verwaltung und in den freien Berufen werden 1 1/2 Millionen Personen der Reichs-, Bundes- und Gemeindeverwaltung gezählt und auf das Bildungs- und Erziehungswesen entfallen 771 000 Personen.

Interessant ist noch der Anteil der Direktoren der sonstigen leitenden Beamten. Er ist naturgemäß den Industriezweigen besonders hoch, in denen der Geschäftsbetrieb vorherrscht. So entfallen bei den Selbständigen auf die Gruppe der Direktoren in den Wasser-, Gas- und Elektrizitätswesen 91,1 Prozent, im Bergbau 80,8 Prozent, in der Eisen- und Metallgewinnung 43,8 Prozent, in der chemischen Industrie 34,4 Prozent. Der Anteil Selbständigen an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen weist in den einzelnen Wirtschaftszweigen große Unterschiede auf. Der Anteil schwankt zwischen 88,7 Prozent in Bekleidungsindustrie und 0,3 Prozent im Bergbau.

Fremde Sprachen in den Reichsministerien

Im Reichsministerialblatt werden die Richtlinien über fremdsprachliche Fortbildung der Beamten in den Reichsministerien bekanntgegeben. Danach wird die bessere Ausbildung der an der Sachbearbeitung beteiligten Beamten in fremden Sprachen, namentlich in Französisch und Englisch als ein großes Bedürfnis der Reichsverwaltung betont. Von den Reichsministerialreferenten wird erwartet, daß sie französisch und englisch in laufendem Dienste lesen und bearbeiten können. Darüber hinaus ist es notwendig, daß erheblich mehr Beamten als bisher in der Lage sind, sich in der fremden Sprache mühelos und korrekt zu unterhalten und zu verhandeln. Von der Einrichtung amtlicher Kurse wird einstweilen abgesehen. Den Beamten wird aber dringend empfohlen, sich in sprechender Weise fortzubilden. Zufußfolge zu den Kosten fremdsprachlichen Unterrichts können gewährt werden, falls können höheren Beamten, falls sie ihren Erholungsurlaub zum Aufenthalt im Auslande und zur Fortbildung in Sprache dieses Landes benutzen wollen, ein Reisebudget bewilligt werden. Um für die Zukunft den Ministerien in fremdsprachlichen Beamtensachen auszuführen, soll in geeigneter Weise bekannt gegeben werden, daß für den Eintritt in die Ministerialdienst Sprachkenntnis sehr erwünscht ist, und daß Bewerber mit diesen Kenntnissen bei gleicher Eigenart anderen Bewerbern vorgezogen werden.

Briefkasten

Magdeburg. S. Ihre Vermutungen können nicht sein. Die deutschnationalen „Tagesszeitung“ schrieb in ihrer Nummer vom 2. Juli, daß Bürgermeister P. a. l. Bau G. t. s. ch, Stadtrat Dr. Arnold und Prof. Dr. P. o. r. m. a. n. n. der Reichsfraktion nachsehen. Was 2. Blatt über die Demokraten behauptet, ist unrichtig.

J. R. Sie können mich täglich bis 1 Uhr in der Geschäftsstelle Breitenweg 139-140 sprechen. E. M.

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonntage. — Preis: 75 Cent pro Nummer. — Einzelhefte 30 Cent. — Abonnement: 3 Mark pro Quartal. — Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Postämter und der Verlag Halle (Saale), Dr. Braunsstraße 30, entgegen. — Druck: Köhler Druckerei und Verlagsanstalt in Halle (Saale) für Herstellung und Vertrieb.

Einzelhefte: Für die jüngeren Klassen 75 Cent pro Nummer. — Einzelhefte 1 Mark. — Abonnement: 3 Mark pro Quartal. — Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Postämter und der Verlag Halle (Saale), Dr. Braunsstraße 30, entgegen. — Druck: Köhler Druckerei und Verlagsanstalt in Halle (Saale) für Herstellung und Vertrieb.

Nummer 31

Halle (S.), 30. Juli 1927

3. Jahrgang

Französische Forderungen.

akute Anschlussfrage — Ueberraschender Alarm — Anschluss oder Donauföderation — England gegen Italien und Frankreich — Sauerweins Forderungen — Artikel 80 des Friedensvertrages — Der Kaufpreis für die Räumung — Deutsche Rechtsmittel — Poincaré in Ordiès — Erreitet die Francireurs — Verzicht auf den Kampf gegen die Kriegsschuldlinge — Das böse Gewissen — Der Fall Hörsing — Marx Austritt dem Reichsbanner — Die amtliche Klage — Unsichere Haltung des Zentrums — Hörsings Rücktritt — Die kritische Abrüstungskonferenz Japan und die Angelsachsen? — Weltfrieden à la baïsse.

Es war sehr auffällig, daß vor etwa drei Wochen die Quai d'Orléans nachstehenden Blätter plötzlich überaus anstrengend die Anschlussfrage behandelten. Der französische Gesandte in Wien hatte im Auswärtigen Amt längere Unterredung, von der sofort gemeldet wurde, sie sich auf die bedrohlich gewordenen Bestrebungen Osterrheins, eine engere Verbindung mit dem Reich zu erheben, bezogen. Ueblich ist es nicht, daß über solche neuen Bestrebungen in den Aemtern die Presse sofort berichtet wird. Wenn man hier von der Regel abwich, mußte das schon einen Grund haben. Man fragte sich in Wien und Berlin vergebens, zu welchem Zweck plötzlich Alarmrufe ausgingen würden. Es hatte sich nichts getan, was dazu Anlaß geben konnte. Die kramolige Schattendrone hatten noch nicht stattgefunden. Daß Zusammenhang mit ihnen einige Pariser Blätter diese zu aufwarfen, war schon eher verständlich. Man mußte den Sinn, daß die jetzigen Zustände umsehbarer geworden sind und weiß nicht recht, wie man Osterrheins den Fall, ohne es die Gemeinschaft mit Deutschland einzumachen zu lassen, da weder England noch Italien etwas von der Donauföderation wissen wollen. Erst jetzt sehen klar. Herr Sauerwein hat im März und zwar hinsichtlich nicht ohne Auftrag die ganze Angelegenheit seine einseitige Formel gebracht. Deutschland soll völlig auf den Anschluss verzichten, wofür die Abrechnung sofort vorgenommen würde. Dabei gibt der Herr selbst zu, daß seit Locarno ein Recht auf die Bestimmung der besetzten Gebiete besteht. Es handelt sich also eine neue Forderung, mit der man nachträglich den Vertrag von Locarno belasten will.

Die Anschlussfrage ist im Artikel 80 des Friedensvertrages von Versailles geregelt. Unter Vernehmung des der Entente zur Kriegspartei erhobenen Rechtes der der auf Selbstbestimmung, ist die Vereinigung der stammverwandten Nationen verboten. Ausdrücklich aber ist hinzugefügt, daß der Völkerbundstatut auf Anhing diese Bestimmung aufheben kann. Praktisch ist das nicht in Frage, da im Rat das Votum jedes einen Staates ausreicht, um einen Beschluß zu verabschieden. Selbst wenn Frankreich dieses Veto nicht ausüben würde, würde es von politischer oder italienischer Seite gesehen. Es ist daher nicht ganz ersichtlich, weshalb man in Paris plötzlich diesen Eifer bekundet. Offensichtlich man selbst zu der Erkenntnis gelangt, daß für Österreich etwas gesehen muß, wenn es nicht in sich zusammenbrechen soll. Zwei Möglichkeiten bestehen dann: Anschluss oder die Donauföderation. Gegen beides stehen sich Widerprüfe. England will die engere Verbindung mit Jugoslawien, Rumänien, Tschechoslowakei Ungarn nicht dulden, weil es fürchtet, dann den Markt zu verlieren. Namentlich die Tschechen arbeiten billig. Anschluss wird aus politischen Gründen von Paris Rom, von Prag und Warschau bekämpft. Dabei in Osterrheins weder leben noch sterben. Kommt es zu Krawallen, so versuchen alle, ihre Unschuld nachzuweisen, während die eigentliche Ursache der blutigen Kämpfe in der wirtschaftlichen Not des Landes liegt. Auf Dauer werden die Mächte um eine Lösung nicht herumkommen. Weßhalb wir für diese Lösung vor der Zeit einseitig verpflichten sollen, bleibt das Geheimnis des Herrn Sauerwein und seiner Hintermänner.

Die Abheftung ist eine Selbstverständlichkeit. Die beiden Friedensverträge hat die Befreiung der zweiten mit Koblenz am 10. Januar 1930, die der dritten Mainz, der Pfalz und dem Saargebiet am gleichen Tag am 10. Januar 1935 zu erfolgen. Darüber hinaus kann Frankreich die Truppen nicht dort belassen. Für die unglücklichen Bewohner sind acht Jahre gewiß eine erschreckend lange Zeit. Aber man darf nicht vergessen, daß es sich hier um die Hörsingfrage handelt. Rechtsmittel gegen bestehen, um frühere Räumung zu erzwingen. Da ist zunächst der Artikel 431 des Versailles-Vertrages, der sie ausdrücklich verpflichtet, falls Deutschland seinen Verpflichtungen nachkommt. Der Text läßt gar keinen Zweifel darüber, daß es die Erfüllung aller Bestimmungen damit gemeint ist, was auch unmissig wäre, da ja unsere Jahresverpflichtungen noch gar nicht endgültig abgegrenzt. Es genügt völlig, daß wir den Willen zur Vertrags-

treue bekunden. Ferner bestimmt Artikel 10 der Völkerbundstatut, daß jedem Mitglied die volle Souveränität und politische Unabhängigkeit gewährleistet ist. Das bedeutet, daß Deutschland mit dem Augenblick, da es Mitglied wurde, die Zurückziehung der fremden Truppen fordern kann. Wir haben also Waffen genug in der Hand, und sind nicht darauf angewiesen, diese Zugeständnisse eines Vertrages noch mit neuen Opfern zu erkaufen. Wenn Herr Sauerwein jetzt offenbar mit Zustimmung des Herrn Poincaré, dafür den Verzicht auf den Anschluss fordert, so wird er nur den einen Erfolg haben, daß die öffentliche Meinung in Deutschland von der Reichsregierung verlangt, ihre Forderungen in Genf anzumelden. Die Position Frankreichs ist damit erheblich geschwächt.

Während in Loeten, auf belgischem Boden Poincaré, offenbar mit Rücksicht auf die Gastfreundschaft sich äußerster Zurückhaltung befleißigte, ist er in Ordiès, im Norddepartement deutlicher geworden. Wir haben wieder den alten Poincaré vor uns. Seine Rede war eine einzige Herausforderung. Dieser unglückliche Ort hatte im September 1914 das Schicksal, von bayrischen Truppen vollständig zerstört zu werden. Poincaré sagt, Deutschland entschuldige seine Grausamkeiten immer mit der Legende von Francireurs. Schon das war eine Unverschämtheit, denn die Tathäbe dieser Francireurs läßt sich mit Unfehlung nicht aus der Welt schaffen. Die Nation hat sich sogar dieser feigen Helden immer gerühmt. Schon 1871. Zum Ueberflus aber hat das bayerische Pionierregiment, das Ordiès vernichtete, sich von französischen Gefährten besitzigen lassen, welche Unmenslichkeiten von ihren Landsleuten begangen worden sind. Dreißig deutsche Vermurde sind dort verurteilt worden. In diesem Fall steht das Völkerrecht eine unbarberige Bestrafung dar. So bedauerlich sie ist, muß sie doch geübt werden, um abstrafend zu wirken. Das weiß Poincaré sehr genau. Aber er läßt. Die Pariser Presse selbst hat zum größten Teil nur sehr höflich von seiner Rede Notiz genommen. In dem Augenblick, wo neue Verhandlungen über Versailles in Genf angingen, waren diese Ausführungen eine bewusste Sabotage.

Der kleine Adokat von Bar-le-Duc ist weiter gegangen, er hat wieder die Kriegsschuldfrage aufgeworfen, die ihn dauernd beschäftigt. Wir fühlen ihn dies nach, denn er selbst sieht und fällt mit ihr. Er sprach von Verschönerung, von einer Annäherung, die unerlässlich sei, aber er verlangte als Bedingung, daß Deutschland endgültig seine Verantwortung in Versailles hinnehme. Dann sollte man die ganze Kriegsgeschichte in die Archive verweisen. Das wäre sehr bequem, wir sind aber umgekehrt der Meinung, man solle erst einmal die Archive der

Demokraten, führt eure Kinder Demokratischen Jugend

zu.

Kriegsgeschichte öffnen, was aber sicher für Herrn Poincaré einige Peinlichkeiten mit sich brachte. Das ganze deutsche Volk ist hier einig. Wir können den Schimpf von Versailles nicht auf uns lassen, und wir denken gar nicht daran, Herrn Poincaré geliebte der geschichtlichen Forderung Schwierigkeiten zu bereiten. Wenn er ein gutes Gewissen hätte, so könnte er diese Erörterungen kläglich und gelassen mit anhören, als es der Fall ist. Aus den verächtlichsten Briefen des damaligen russischen Botschafters in Paris Tscholtschik und den Aufzeichnungen der beiden französischen Volschafers in Petersburg Louis und Talcoque kennen wir einigermaßen die Rolle, die er da-

mals gespielt hat. Man begreift vollkommen, weshalb er gern die Erörterung abblenden möchte.

Die österreichischen Krawalle haben nicht nur im eigenen Lande, sondern auch bei uns ein Nachspiel gehabt. Der Fall Hörsings wirkt sich politisch aus. Die Gründung des Reichsbanners war zweifellos ein bedeutungsvolles Verdienst um die Konsolidierung Deutschlands. Erst die Schaffung dieser Organisation, die sehr rasch einen gewaltigen Umfang erlangte, ermöglichte es den Republikanern, sich öffentlich zu zeigen, und den Staat gegen seine Angreifer rechts und links zu schützen. Das böse Vorhandensein genigte, um diese Befehle zu beschöpfen. Daß die gegnerischen Verbände sich zurückzogen und namentlich bei den Völkischen eine Schwärmung eintrat, ist nicht zuletzt auf das Auftreten des Reichsbanners zurückzuführen. Auch für die Proving Sachsen hat die Energie Hörsings nach den schweren Kämpfen des Jahres 1920 Ruhe und Ordnung bedeutet. Diese Anerkennung bleibt ihm gewiß. Leider aber hat er nicht das Fingerspitzengefühl gehabt, das der Welt einen solchen Versuch des unbedingt notwendig hatte. Es war schon ein schweres Versehen, daß er beim Einzuge Hildesburgs das Reichsbanner von der Begrüßung zurückließ, während jeder demokratisch empfindende Bürger sich fragen mußte, daß die Huldigung dem von deutschen Volk durch Wechseltwischen gewählten Reichsoberhaupt unbedingt zuzum. Demokratische Kreise haben damals aus ihrem Vorfalle kein Selbst gemacht und die Parteilichkeit hat zur Beflagung aufgefordert. Jetzt hat er durch seinen Aufzug zu den Wiener Krawallen eine Krise herbeigeführt. Die Parteien pflegen ja häufig den Bruderparteien in anderen Ländern zu Hilfe zu kommen. Sie fragen aber keine Verantwortung. Ganz anders stand es mit dem Reichsbanner. Herr Marx und der Finanzminister Dr. Köhler gehörten dem Vorstand an. Damit verlor sich eine Einmischung in die Angelegenheiten. Sobald sich Herr Seipel beschwerte, blieb dem Reichsbanner gar nichts anderes übrig, als auszutreten und Hörsing öffentlich zu rügen. Auch ein sozialdemokratischer Kanzler hätte kaum anders handeln können, um den Gang der Außenpolitik zu beeinflussen.

colorchecker CLASSIC



Das Reichsbanner, konnte offen einsehen, daß es nicht nur im eigenen Lande, sondern auch bei uns ein Nachspiel gehabt. Der Fall Hörsings wirkt sich politisch aus. Die Gründung des Reichsbanners war zweifellos ein bedeutungsvolles Verdienst um die Konsolidierung Deutschlands. Erst die Schaffung dieser Organisation, die sehr rasch einen gewaltigen Umfang erlangte, ermöglichte es den Republikanern, sich öffentlich zu zeigen, und den Staat gegen seine Angreifer rechts und links zu schützen. Das böse Vorhandensein genigte, um diese Befehle zu beschöpfen. Daß die gegnerischen Verbände sich zurückzogen und namentlich bei den Völkischen eine Schwärmung eintrat, ist nicht zuletzt auf das Auftreten des Reichsbanners zurückzuführen. Auch für die Proving Sachsen hat die Energie Hörsings nach den schweren Kämpfen des Jahres 1920 Ruhe und Ordnung bedeutet. Diese Anerkennung bleibt ihm gewiß. Leider aber hat er nicht das Fingerspitzengefühl gehabt, das der Welt einen solchen Versuch des unbedingt notwendig hatte. Es war schon ein schweres Versehen, daß er beim Einzuge Hildesburgs das Reichsbanner von der Begrüßung zurückließ, während jeder demokratisch empfindende Bürger sich fragen mußte, daß die Huldigung dem von deutschen Volk durch Wechseltwischen gewählten Reichsoberhaupt unbedingt zuzum. Demokratische Kreise haben damals aus ihrem Vorfalle kein Selbst gemacht und die Parteilichkeit hat zur Beflagung aufgefordert. Jetzt hat er durch seinen Aufzug zu den Wiener Krawallen eine Krise herbeigeführt. Die Parteien pflegen ja häufig den Bruderparteien in anderen Ländern zu Hilfe zu kommen. Sie fragen aber keine Verantwortung. Ganz anders stand es mit dem Reichsbanner. Herr Marx und der Finanzminister Dr. Köhler gehörten dem Vorstand an. Damit verlor sich eine Einmischung in die Angelegenheiten. Sobald sich Herr Seipel beschwerte, blieb dem Reichsbanner gar nichts anderes übrig, als auszutreten und Hörsing öffentlich zu rügen. Auch ein sozialdemokratischer Kanzler hätte kaum anders handeln können, um den Gang der Außenpolitik zu beeinflussen.

Richard Ma y.